



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1

DOCUMENTAZIONE N. 1

LANDESGESETZENTWURF

DISEGNO DI LEGGE

Nr. 70/20

N. 70/20

Anpassungen zur Materie der Direkten Demokratie und Beteiligung. Änderung des Landesgesetzes vom 3. Dezember 2018, Nr. 22, „Direkte Demokratie, Partizipation und politische Bildung“ und des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4, „Einrichtung und Ordnung des Rates der Gemeinden“

eingetragen am 19.11.2020 von den Landtagsabgeordneten Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba und Hanspeter Staffler

Adeguamenti in materia di democrazia diretta e partecipazione. Modifica della legge provinciale 3 dicembre 2018, n. 22, “Democrazia diretta, partecipazione e formazione politica”, e della legge provinciale 8 febbraio 2010, n. 4, “Istituzione e disciplina del Consiglio dei Comuni”

presentato il 19/11/2020 dai consiglieri provinciali Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba e Hanspeter Staffler

dem I. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

assegnato alla I commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

INHALTSVERZEICHNIS

- | | | |
|----|------------------------------------|-------|
| 1) | L.G. vom 18. November 2005, Nr. 11 | S. 1 |
| 2) | L.G. vom 8. Februar 2010, Nr. 4 | S. 16 |
| 3) | L.G. vom 3. Dezember 2018, Nr. 22 | S. 28 |

INDICE

- | | | |
|----|---------------------------------|---------|
| 1) | L.P. del 18 novembre 2005 n. 11 | pag. 9 |
| 2) | L.P. dell'8 febbraio 2010 n. 4 | pag. 22 |
| 3) | L.P. del 3 dicembre 2018 n. 22 | pag. 39 |

c) Landesgesetz vom 18. November 2005, Nr. 11 ¹⁾

Volksbegehren und Volksabstimmung

1)Kundgemacht im A.Bl. vom 29. November 2005, Nr. 48.

I. ABSCHNITT

Volksbegehren

Art. 1 (Voraussetzungen)

(1) Das Volksbegehren zu den Landesgesetzen wird von mindestens 8.000 Wählern, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, ausgeübt.

Art. 2 (Einleitungsantrag)

(1) Der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens besteht aus einem in italienischer und deutscher Sprache abgefassten Gesetzesvorschlag, gegliedert in Artikel, und einem Begleitbericht, der Zweck und Inhalt erläutert; sofern neue oder höhere Ausgaben zu Lasten des Landeshaushaltes vorgesehen sind, ist der Finanzierungsbedarf und der Weg zur Kostendeckung anzugeben.

(2) Der Antrag muss von wenigstens drei Personen, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, beim Präsidium des Landtages eingebracht werden. Dem Antrag sind die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter zum Zwecke der Vidimierung durch den Generalsekretär des Landtages oder eine von ihm beauftragte Person beizulegen.

(3) Die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter müssen den Text des Gesetzesvorschlages wiedergeben und fortlaufend nummeriert sein.

Art. 3 (Sammlung und Hinterlegung der Unterschriften)

(1) Der Wähler unterschreibt unter dem Gesetzesvorschlag; neben der Unterschrift werden sein Vorname, Name, Geburtsort und -datum und die Gemeinde, in deren Wählerlisten er eingetragen ist, angegeben.

(2) Die Unterschrift des Wählers wird beglaubigt:

- a) vom Notar, vom Friedensrichter, von den Leitern und Mitarbeitern der Kanzleien des Oberlandesgerichts und des Landesgerichts, von den Sekretären der Staatsanwaltschaft;
- b) vom Landeshauptmann, vom Landtagspräsidenten, von den Landesräten, von den Landtagsabgeordneten, welche ihre diesbezügliche Bereitschaft dem Landeshauptmann kundtun;
- c) vom Bürgermeister, vom Präsidenten und Vizepräsidenten des Stadtviertelrates, von den Gemeindereferenten, vom Präsidenten des Gemeinderates, von den Gemeinderäten, welche ihre diesbezügliche Bereitschaft dem Bürgermeister kundtun, und vom Gemeindesekretär; die Zuständigkeit zur Beglaubigung durch die obgenannten Personen ist auf jene Gemeinde beschränkt, in deren Wählerlisten der Wähler eingetragen ist;
- d) vom Präsidenten und vom Generalsekretär der Bezirksgemeinschaft des Bezirks, zu welchem die Gemeinde gehört, in deren Wählerlisten der Wähler eingetragen ist;
- e) von den vom Landeshauptmann, vom Bürgermeister und vom Präsidenten der Bezirksgemeinschaft beauftragten Beamten.

(3) Die Beglaubigung kann auch alle auf dem Blatt aufscheinenden Unterschriften bei Angabe der Anzahl der auf dem Blatt gesammelten Unterschriften umfassen.

(4) Ist die Mindestanzahl an erforderlichen Unterschriften erreicht worden, hinterlegen die Antragsteller die entsprechenden Blätter beim Präsidium des Landtages.

Art. 4 (Überprüfung der Zulässigkeit)

(1) Das Präsidium des Landtages überprüft und zählt die Unterschriften, um die Zulässigkeit des Volksbegehrens festzustellen.

(2) Das Volksbegehren wird für nicht zulässig erklärt, wenn

- a) die Unterschriften nicht innerhalb von vier Monaten ab Rückgabe der vidimierten Blätter hinterlegt werden,
- b) die nötige Mindestanzahl an Unterschriften nicht erreicht wurde.

(3) Wird festgestellt, dass das Volksbegehren zulässig ist, weist der Landtagspräsident den Gesetzesvorschlag der nach Sachgebiet zuständigen Gesetzgebungskommission zu. Nach erfolgter Behandlung seitens der Gesetzgebungskommission oder jedenfalls nach Ablauf von sechs Monaten ab der Zuweisung, ohne dass die Kommission die Behandlung des Gesetzesvorschlages abgeschlossen hat, wird dieser als erster Punkt auf die Tagesordnung der darauffolgenden Landtagssitzung gesetzt. Der Landtag muss dann innerhalb von weiteren sechs Monaten die Behandlung des Gesetzesvorschlages abschließen. [2\)](#)

(4) Im Falle einer wesentlichen Änderung der Rechtslage oder der Umstände, die Anlass für das Volksbegehren waren, können die Antragsteller dasselbe durch eine begründete Mitteilung an das Präsidium des Landtages zurückziehen. Die Mitteilung über den Rückzug kann solange vorgelegt werden, bis der Landtag über den Übergang zur Artikeldebatte abgestimmt hat. Besagte Mitteilung wird im Amtsblatt der Region veröffentlicht. [3\)](#)

2) Art. 4 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 1 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4](#).

3) Art. 4 Absatz 4 wurde angefügt durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4](#).

II. ABSCHNITT

Aufhebende Volksabstimmung

Art. 5 (Voraussetzungen)

(1) Eine Volksabstimmung zur vollständigen oder teilweisen Aufhebung eines Landesgesetzes wird anberaumt, wenn dies mindestens 13.000 Wähler fordern, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind. Die Unterschriften, die in einem Zeitraum von höchstens vier Monaten ab der Rückerstattung der vidimierten Blätter gesammelt worden sind, müssen bei der Landesabteilung Zentrale Dienste hinterlegt werden.

(2) Eine aufhebende Volksabstimmung darf nicht für Steuer- und Haushaltsgesetze, für die Regelung der finanziellen Zuwendungen an das Personal und die Organe des Landes, sowie für Bestimmungen, welche die Rechte und den Schutz der Sprachgruppen betreffen, beantragt werden.

Art. 6 (Antrag auf Volksabstimmung)

(1) Der Antrag auf Einleitung einer Volksabstimmung muss von wenigstens 30 in den Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragenen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigten Wählern gestellt und bei der Landesabteilung Zentrale Dienste eingebracht werden.

(2) Im Antrag sind Vorname, Name und Domizil der einzelnen Antragsteller anzugeben, deren Unterschrift zu beglaubigen ist, sowie der Name des Antragstellers, der die Antragsteller vertritt und dem die Verfahrensmitteilungen zugesendet werden sollen. [4\)](#)

(3) Der Antrag, eine Volksabstimmung in die Wege zu leiten, darf nicht zwölf Monate vor Ablauf der Legislatur des Landtages und in den sechs Monaten nach der Wahl des neuen Landtages gestellt werden.

4) Art. 6 Absatz 2 wurde so ersetzt durch Art. 2 Absatz 1 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4](#).

Art. 7 (Fragestellung bei der Volksabstimmung)

(1) Die Fragestellung bei der Volksabstimmung muss in italienischer und deutscher Sprache verfasst werden, wobei die Formel "Wollen Sie die Aufhebung ..." mit der Angabe des Datums, der Nummer und des Titels des Gesetzes ergänzt wird. Bei teilweiser Aufhebung ist auch die Nummer der Artikel oder Absätze, die aufgehoben werden sollen, anzugeben. Die Fragestellung kann auch eine kurze Inhaltsangabe des Gegenstandes der Volksabstimmung beinhalten.

(2) Wird eine Volksabstimmung zur Aufhebung von Teilen eines oder mehrerer Gesetzesartikel beantragt, muss auch der Wortlaut jener Bestimmungen angegeben werden, die aufgehoben werden sollen.

Art. 8 (Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen)

(1) Innerhalb von 15 Tagen nach Einbringung des Antrages auf Einleitung einer Volksabstimmung wird die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen errichtet, welche über die Zulässigkeit von Volksabstimmungen entscheidet, die beanstandeten Stimmen nochmals überprüft und das Ergebnis bekanntmacht. Die Kommission besteht aus:

- a) einem Richter des Landesgerichtes von Bozen,
- b) einem Richter der Kontrollsektion des Rechnungshofes mit Sitz in Bozen,
- c) einem Richter des Regionalen Verwaltungsgerichtes - Autonome Sektion für die Provinz Bozen.

(2) Die Mitglieder der Kommission für die Abwicklung der Volksabstimmungen werden durch Auslosung bestimmt, indem vom Direktor der Landesabteilung Zentrale Dienste je ein effektives Mitglied und ein Ersatzmitglied aus drei Dreivorschlägen an Namen ausgelost werden, welche vom Präsidenten des Landesgerichtes Bozen, vom Präsidenten der Kontrollsektion des Rechnungshofes mit Sitz in Bozen und vom Präsidenten der Autonomen Sektion für die Provinz Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichtes unterbreitet werden.

(3) Die Aufgaben des Sekretärs der Kommission für die Abwicklung der Volksabstimmungen werden vom Direktor der Landesabteilung Zentrale Dienste oder einer von ihm beauftragten Person wahrgenommen.

(4) Die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen wählt aus ihrer Mitte einen Präsidenten, der die Sitzungen einberuft und leitet, sowie einen Stellvertreter. Sie entscheidet bei Anwesenheit aller Mitglieder mit Stimmenmehrheit.

(5) Den Mitgliedern der Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen stehen jene Vergütungen zu, die laut [Landesgesetz vom 19. März 1991, Nr. 6](#), für Kommissionen von externer Relevanz vorgesehen sind.

Art. 9 (Überprüfung der Zulässigkeit)

(1) Die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen entscheidet innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Einbringung des Antrages auf Einleitung einer Volksabstimmung über deren Zulässigkeit; hierbei äußert sie sich ausdrücklich und unter Angabe von Gründen zur Zuständigkeit des Landes für den Sachbereich, der Gegenstand der Volksabstimmung ist, zur Übereinstimmung des Antrages mit den Bestimmungen der Verfassung, des Sonderstatuts und den aus der Rechtsordnung der Europäischen Union und aus den internationalen Verpflichtungen erwachsenden Einschränkungen sowie zu den von diesem Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen und Grenzen. [5\)](#)

(1/bis) Die Landesabteilung Zentrale Dienste teilt den Antragstellern die etwaigen von der Kommission im Rahmen der Prüfung gemäß Absatz 1 geäußerten Vorbehalte mit. Innerhalb von 20 Tagen können die Antragsteller den Antrag auf Einleitung einer Volksabstimmung ergänzen oder neu formulieren; die Kommission

entscheidet sodann über die Zulässigkeit derselben. Erklärt sie die Volksabstimmung für zulässig, kann mit der Unterschriftensammlung begonnen werden. [6\)](#)

(2) Über den Ausgang der Entscheidung bezüglich der Zulässigkeit der Volksabstimmung unterrichtet die Landesabteilung Zentrale Dienste die Antragsteller. Falls die Volksabstimmung für zulässig erklärt wurde, wird darauf hingewiesen, dass die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter zur Vidimierung vorzulegen sind.

5) Art. 9 Absatz 1 wurde zuerst ersetzt durch Art. 3 Absatz 1 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4](#), und später so geändert durch Art. 7 Absatz 1 des [L.G. vom 17. November 2017, Nr. 21](#).

6) Art. 9 Absatz 1/bis wurde eingefügt durch Art. 3 Absatz 2 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4](#).

Art. 10 (Sammlung und Hinterlegung der Unterschriften)

(1) Bezüglich der Vidimierung der Blätter sowie der Sammlung und Beglaubigung der Unterschriften werden die Bestimmungen der Artikel 2 und 3 angewandt.

Art. 11 (Überprüfung der Durchführbarkeit)

(1) Die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen überprüft innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Unterschriften:

- a) die Ordnungsmäßigkeit der gesammelten Unterschriften, zu denen auch jene der Antragsteller gezählt werden;
- b) ob das Gesetz oder die einzelnen Gesetzesbestimmungen, auf die sich die Volksabstimmung bezieht, in der Zwischenzeit aufgehoben oder abgeändert worden sind.

(2) Falls die nötige Anzahl an gültigen Unterschriften nicht erreicht worden ist oder das der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetz oder einzelne der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetzesbestimmungen in der Zwischenzeit aufgehoben oder grundlegend abgeändert wurden, erklärt die Kommission die Volksabstimmung für nicht durchführbar.

(3) Falls das der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetz oder einzelne der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetzesbestimmungen in der Zwischenzeit teilweise aufgehoben oder nicht grundlegend abgeändert wurden, sind jene Bestimmungen, die in Kraft geblieben sind oder nur unwesentliche Änderungen erfahren haben, der Volksabstimmung zu unterziehen. Zu dem Zwecke ändert die Kommission die Fragestellung oder formuliert diese neu.

Art. 12 (Anberaumung der Volksabstimmung)

(1) Nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung über die Durchführbarkeit der aufhebenden Volksabstimmung setzt der Landeshauptmann den Termin für die Abhaltung der Volksabstimmung fest, die an einem Sonntag zwischen dem 15. April und dem 15. Juni abzuhalten ist. Im entsprechenden Dekret, das nicht später als fünfzig und nicht früher als sechzig Tage vor der Abhaltung der Volksabstimmung zu erlassen ist, ist auch die Fragestellung, die den Wählern zur Entscheidung vorgelegt wird, angeführt. [7\)](#)

(2) Falls im Sinne der vorliegenden Gesetzschriften mehrere Volksabstimmungen für durchführbar erklärt wurden, so werden diese zeitgleich abgehalten, mit einem einzigen Urnengang an ein und demselben Tag. Die Abhaltung einer oder mehrerer Volksabstimmungen kann auf einen anderen Termin verschoben werden, falls im selben Jahr weitere Volksabstimmungen auf Staats- oder Regionalebene oder auf Landesebene gemäß [Landesgesetz vom 17. Juli 2002, Nr. 10](#), anberaumt sind, mit denen die Volksabstimmung bzw. die Volksabstimmungen zeitgleich abgehalten werden kann bzw. können. Eine zeitgleiche Abhaltung von Volksabstimmungen im Sinne dieses Gesetzes mit Wahlen auf Gemeinde-, Landes-, Staats- oder EU-Ebene ist nicht möglich. [8\)](#)

(3) Das Dekret laut Absatz 1 wird im Amtsblatt der Region veröffentlicht. Die allgemeine Bekanntmachung des Dekretes erfolgt durch Plakate, die mindestens 30 Tage vor dem Termin für die Abhaltung der Abstimmung auf Veranlassung der Gemeinden angeschlagen werden.

(4) Die Landesabteilung Zentrale Dienste garantiert eine objektive und ausgewogene Darstellung des Abstimmungsgegenstandes und sorgt für deren Veröffentlichung über die lokalen Medien.

(5) In den zwölf Monaten vor Ablauf der Legislatur des Landtages und in den sechs Monaten nach der Wahl des neuen Landtages werden sämtliche Aktivitäten und Handlungen im Zusammenhang mit der Volksabstimmung ausgesetzt.

(6) Wenn vor dem Datum, an dem die Abhaltung der Volksabstimmung vorgesehen ist, das der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetz oder einzelne der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetzesbestimmungen aufgehoben oder substantiell abgeändert wurden, erklärt der Landeshauptmann, nach Anhören der Kommission laut Artikel 8, dass die Volksabstimmung nicht mehr stattfindet.

(7) Wenn vor dem Datum, an dem die Abhaltung der Volksabstimmung vorgesehen ist, das der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetz oder einzelne der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetzesbestimmungen teilweise aufgehoben oder nicht substantiell abgeändert wurden, so wird die Volksabstimmung über die von der Kommission angepasste oder neu formulierte Fragestellung abgehalten. [9\)](#)

(8) Im Falle einer wesentlichen Änderung der Rechtslage oder der Umstände, die Anlass für den Antrag auf Einleitung einer Volksabstimmung waren, können die Antragsteller innerhalb von fünf Tagen ab Veröffentlichung des Dekrets des Landeshauptmannes, mit dem die Volksabstimmung anberaumt wird, bei der Landesabteilung Zentrale Dienste eine begründete Mitteilung hinterlegen, die Volksabstimmung als gegenstandslos zu betrachten. Diese Mitteilung sowie das Dekret des Landeshauptmannes, mit dem die Volksabstimmung für gegenstandslos erklärt wird, werden im Amtsblatt der Region veröffentlicht. [10\)](#)

7) Art. 12 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 4 Absatz 1 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

8) Art. 12 Absatz 2 wurde so ersetzt durch Art. 4 Absatz 2 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

9) Art. 12 Absatz 7 wurde angefügt durch Art. 4 Absatz 3 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

10) Art. 12 Absatz 8 wurde angefügt durch Art. 4 Absatz 4 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

Art. 13 (Bekanntgabe der Ergebnisse)

(1) Auf der Grundlage der von allen Sektionswahlämtern des Landes zugesandten Auszählungsprotokolle stellt die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen die Anzahl der Wähler, die an der Abstimmung teilgenommen haben, fest und gibt, nach Feststellung der gültigen befürwortenden Stimmen und der gültigen ablehnenden Stimmen sowie nach allfällig erforderlicher Überprüfung der beanstandeten Stimmen, das Ergebnis der Volksabstimmung bekannt. Die Antragsteller der Volksabstimmung können in das entsprechende Protokoll einsehen und eine Kopie davon anfertigen.

(1/bis) Sollten am Wahltag laut Artikel 12 Absatz 1 Volksabstimmungen, mit denen sich mehrere Kommissionen laut Artikel 8 befasst haben, abgehalten werden, übernimmt die als erste errichtete Kommission die Aufgaben laut Absatz 1 für alle Volksabstimmungen. [11\)](#)

(2) Der Antrag auf Aufhebung gilt als angenommen, wenn am Wahlgang 40 Prozent der Abstimmungsberechtigten teilgenommen haben und wenn die Mehrheit der gültigen Stimmen zu Gunsten der Aufhebung ausgefallen ist.

11) Art. 13 Absatz 1/bis wurde eingefügt durch Art. 5 Absatz 1 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

Art. 14 (Ausgang und Wirksamkeit)

(1) Fällt das Ergebnis der Volksabstimmung zu Gunsten der Aufhebung des betreffenden Gesetzes oder einzelner Gesetzesbestimmungen aus, erklärt der Landeshauptmann mit Dekret, das im Amtsblatt der Region veröffentlicht wird, deren erfolgte Aufhebung, die am Tag nach Veröffentlichung des Dekretes wirksam wird.

(2) Falls das Ergebnis der Volksabstimmung zu Ungunsten der Aufhebung ausgefallen ist, teilt die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen dies im Amtsblatt der Region mit. In diesem Fall darf für die nächsten fünf Jahre der gleiche Antrag auf Volksabstimmung nicht mehr gestellt werden.

III. ABSCHNITT

Gesetzeführende und beratende Volksabstimmung

Art. 15 (Gesetzeführende Volksabstimmung)

(1) Eine gesetzeführende Volksabstimmung wird eingeleitet, indem 13.000 Wähler, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, bei der Landesabteilung Zentrale Dienste einen entsprechenden Antrag einbringen. Diesem ist ein in italienischer und deutscher Sprache abgefasster, in Artikel gegliederter Gesetzesvorschlag, dem die Frage vorangestellt wird "Wollen Sie, dass folgender Gesetzesvorschlag verabschiedet wird ...", ein Begleitbericht, der den Zweck und den Inhalt darlegt, beizulegen und, sofern neue oder höhere Ausgaben zu Lasten des Landeshaushaltes vorgesehen sind, sind im Gesetzesvorschlag Finanzierungsbedarf und Weg zur Kostendeckung anzugeben. [12\)](#)

(2) Eine gesetzeführende Volksabstimmung ist unzulässig, wenn in Bereiche eingegriffen werden soll, welche die Steuer- und Haushaltsgesetze, die Regelung der finanziellen Zuwendungen an das Personal und die Organe des Landes, sowie die Bestimmungen über die Rechte und den Schutz der Sprachgruppen betreffen.

(3) Bezüglich der Einleitung, der Sammlung der Unterschriften, der Überprüfung der Zulässigkeit und der Durchführbarkeit, der Abwicklung, des erforderlichen Beteiligungsquorums und der Überprüfung des Ergebnisses der Volksabstimmung sowie für jene Bereiche, die nicht ausdrücklich geregelt sind, werden die für die aufhebende Volksabstimmung geltenden Bestimmungen angewandt.

(4) Nachdem die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen die Ordnungsmäßigkeit der in einem Zeitraum von drei Monaten ab der Rückerstattung der vidimierten Blätter gesammelten Unterschriften festgestellt hat, setzt sie das Verfahren für einen Zeitraum von 180 Tagen aus. Die in diesem Absatz genannte Aussetzungsfrist wird in Bezug auf Artikel 12 Absatz 5 für nicht relevant erachtet. [13\)](#)

(4/bis) Sollte der Landtag während der im Absatz 4 genannten Aussetzungsfrist ein Landesgesetz verabschieden, das dem Gesetzesvorschlag, der Gegenstand der Volksabstimmung ist, entspricht und gegebenenfalls lediglich technische, redaktionelle und sprachliche Anpassungen vornimmt, erklärt die Kommission die Volksabstimmung für nicht durchführbar. Im gegenteiligen Falle wird die Volksabstimmung abgehalten. [14\)](#)

(4/ter) Im Falle von mehreren Anträgen auf Einleitung einer Volksabstimmung gemäß Absatz 1 zum selben Thema, aber mit inhaltlich unvereinbaren Bestimmungen, werden diese von der Kommission gemäß Artikel 8 für konkurrierend erklärt und am selben Tag der Volksabstimmung unterzogen. Auf dem Stimmzettel wird die unter Absatz 1 angeführte Frage wie folgt abgeändert: „Wollen Sie, dass der folgende, von ... unterbreitete Gesetzesvorschlag ... verabschiedet wird, oder der Gesetzesvorschlag ..., der von ... unterbreitet worden ist, oder wollen Sie, dass keiner von beiden verabschiedet wird?“. Falls mehr als zwei konkurrierende Gesetzesvorschläge einer Volksabstimmung unterzogen werden, wird die Formulierung wie folgt abgeändert: „Welcher der Gesetzesvorschläge soll verabschiedet werden oder soll keiner dieser Gesetzesvorschläge verabschiedet werden?“; der Wähler kann sich für einen oder keinen der Gesetzesvorschläge aussprechen, deren Titel und Antragsteller auf dem Stimmzettel angeführt sind. Die Reihenfolge wird durch das Los entschieden. Es wird gewährleistet, dass die Wähler in die Gesetzesvorschläge und in den jeweils dazugehörigen Begleitbericht Einsicht nehmen können. [15\)](#)

(4/quarter) Falls der Gesetzesvorschlag, der Gegenstand der Volksabstimmung ist, ein Gesetz oder einzelne Gesetzesbestimmungen betrifft, die in der Zwischenzeit auch nur teilweise abgeschafft oder abgeändert worden sind, passt die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen den Gesetzesvorschlag nach Anhören des in Artikel 6 Absatz 2 genannten Vertreters der Antragsteller gemäß Artikel 11 Absatz 3 und Artikel 12 Absatz 7 an oder formuliert ihn neu. Die Antragsteller können ebenfalls eine begründete Mitteilung hinterlegen, die Volksabstimmung gemäß Artikel 12 Absatz 8 als gegenstandslos zu betrachten. [16\)](#)

(4/quinqies) Die Antragsteller können bei der Erstellung der finanziellen Deckung des Gesetzesvorschlages die zuständigen Landesämter hinzuziehen. Falls erforderlich passt die Kommission gemäß Artikel 8 die finanzielle Deckung vor der Volksabstimmung nach Anhören der zuständigen Landesämter an. Jedenfalls wird der Text, der aus ebendieser Anpassung hervorgeht, der Volksabstimmung unterzogen. [17\)](#)

(5) Falls das Ergebnis der Volksabstimmung zu Gunsten des Gesetzesvorschlages ausgefallen ist, beurkundet der Landeshauptmann das Gesetz. Falls eine Volksabstimmung über konkurrierende Gesetzesvorschläge gemäß Absatz 4/ter abgehalten wird, beurkundet der Landeshauptmann jenen Gesetzesvorschlag, der die Mehrheit der gültigen befürwortenden Stimmen erhalten hat, vorausgesetzt, die Anzahl der befürwortenden Stimmen zu diesem Gesetzesvorschlag ist höher als die Anzahl der Stimmen, die eine Ablehnung aller konkurrierenden Gesetzesvorschläge befürworten. [18\)](#)

(6) Falls das Ergebnis der Volksabstimmung gegen den Erlass des Gesetzes ausgefallen ist, teilt dies die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen im Amtsblatt der Region mit. In diesem Fall darf für die nächsten fünf Jahre der gleiche Antrag auf Volksabstimmung nicht mehr gestellt werden.

12)Art. 15 Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 6 Absatz 1 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

13)Art. 15 Absatz 4 wurde so ersetzt durch Art. 6 Absatz 2 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

14)Art. 15 Absatz 4/bis wurde eingefügt durch Art. 6 Absatz 3 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

15)Art. 15 Absatz 4/ter wurde eingefügt durch Art. 6 Absatz 4 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

16)Art. 15 Absatz 4/quater wurde eingefügt durch Art. 6 Absatz 6 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

17)Art. 15 Absatz 4/quinqües wurde eingefügt durch Art. 6 Absatz 7 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

18)Art. 15 Absatz 5 wurde so geändert durch Art. 6 Absatz 5 des [L.G. vom 7. September 2009, Nr. 4.](#)

Art. 16 (Fakultative beratende Volksbefragung)

(1) Der Landtag kann mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder die Anberaumung einer beratenden Volksbefragung zu einem Gesetzentwurf beschließen, bevor er endgültig verabschiedet wird.

(2) Soweit anwendbar, kommen die Bestimmungen zur aufhebenden Volksabstimmung zur Anwendung.

(3) Unbeschadet der nicht bindenden Wirkung der beratenden Volksbefragung, muss der Landtag über den fraglichen Gesetzentwurf innerhalb von sechs Monaten ab der Veröffentlichung des Ergebnisses der Volksbefragung im Amtsblatt der Region abstimmen, falls letztere positiv ausgefallen ist.

IV. ABSCHNITT Schlussbestimmungen

Art. 17 (Spesenrückvergütung)

(1) Den Antragstellern von Volksbegehren und Volksabstimmungen steht auf Antrag eine Spesenrückvergütung zu und zwar in der Höhe von 0,50 Euro für jede gültige Unterschrift bis zum Erreichen der erforderlichen Mindestanzahl. Voraussetzung dafür ist, dass die zuständige Gesetzgebungskommission des Landtages die Zuständigkeit des Landes für den Gegenstand des Volksbegehrens feststellt bzw. die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen die Zulässigkeit erklärt.

(2) Der entsprechende Antrag ist je nach Zuständigkeit beim Präsidium des Landtages oder bei der Landesabteilung Zentrale Dienste der Landesverwaltung einzubringen. Darin ist der Name der Person anzugeben, die dazu ermächtigt ist, den gesamten Betrag mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen.

Art. 18 (Regelung der Abstimmung)

(1) An den Volksabstimmungen können alle Bürger teilnehmen, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind.

(2) Soweit im gegenständlichen Gesetz nicht ausdrücklich anders bestimmt, kommen die Bestimmungen für die Wahl des Landtages zur Anwendung.

Art. 19 (Finanzbestimmungen)

(1) Die Spesenrückvergütung an die Antragsteller von Volksbegehren geht zu Lasten des Haushaltes des Landtages.

(2) Zu Lasten des Landeshaushaltes gehen:

- a) die Spesenrückvergütung an die Antragsteller von Volksabstimmungen;
- b) die Ausgaben für die Vergütungen an die Mitglieder der Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen;
- c) die Ausgaben für die Abwicklung der Handlungen im Zusammenhang mit den Volksabstimmungen, einschließlich jener der Gemeinden für die Wahlsektionen.

(3) Die Deckung von eventuellen Ausgaben gemäß Absatz 2 erfolgt mit eigenen Bereitstellungen zu Lasten der HGE 01110 des Haushaltsvoranschlags für das Finanzjahr 2005 und folgende, die gemäß Artikel 18 des [Landesgesetzes vom 29. Jänner 2002, Nr. 1](#), ergänzt werden können.

Dieses Gesetz wird im Amtsblatt der Region kundgemacht. Jeder, den es angeht, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und dafür zu sorgen, dass es befolgt wird.

c) Legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11 ¹⁾

Iniziativa popolare e referendum

1) Pubblicata nel B.U. 29 novembre 2005, n. 48.

CAPO I

Iniziativa popolare

Art. 1 (Presupposti)

(1) L'iniziativa popolare delle leggi provinciali è esercitata da almeno 8.000 elettori iscritti nelle liste elettorali di un comune della provincia, che hanno diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale.

Art. 2 (Proposta di iniziativa popolare)

(1) La proposta di iniziativa popolare contiene il testo del progetto di legge, redatto nelle lingue italiana e tedesca, diviso per articoli, una relazione illustrativa sulle finalità e il contenuto e, qualora siano previste nuove o maggiori spese a carico del bilancio della Provincia, l'indicazione del relativo onere finanziario ed i modi per farvi fronte.

(2) La proposta è presentata all'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale da almeno tre promotori iscritti nelle liste elettorali di un comune della provincia, che hanno diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale, unitamente ai fogli per la raccolta delle firme per la validazione da parte del Segretario generale del Consiglio provinciale o persona da lui delegata.

(3) I fogli destinati alla raccolta delle firme devono contenere il testo del progetto di legge e devono essere numerati progressivamente.

Art. 3 (Raccolta e deposito delle firme)

(1) L'elettore appone in calce al progetto di legge la propria firma e accanto alla stessa sono indicati per esteso nome, cognome, luogo e data di nascita e il comune nelle cui liste elettorali è iscritto.

(2) La firma dell'elettore è autenticata:

- a) dal notaio, dal giudice di pace, dai cancellieri e collaboratori delle cancellerie della corte d'appello e del tribunale, dai segretari della procura della Repubblica;
- b) dal Presidente della Provincia, dal Presidente del Consiglio provinciale, dagli assessori provinciali, dai consiglieri provinciali, che comunicano la propria disponibilità al Presidente della Provincia;
- c) dal sindaco, dal presidente e vicepresidente del consiglio circoscrizionale, dagli assessori comunali, dal presidente del consiglio comunale, dai consiglieri comunali che comunicano la propria disponibilità al sindaco, e dal segretario comunale; la competenza per l'autenticazione da parte delle suddette persone è circoscritta al comune nelle cui liste elettorali l'elettore è iscritto;
- d) dal presidente e dal segretario generale della comunità comprensoriale nel cui territorio è compreso il comune nelle cui liste elettorali l'elettore è iscritto;
- e) dai funzionari incaricati dal Presidente della Provincia, dal sindaco e dal presidente della comunità comprensoriale.

(3) L'autenticazione può essere unica per tutte le firme contenute in ciascun foglio, con indicazione del numero di firme contenute nel foglio.

(4) Raggiunto il numero minimo di firme necessarie, i promotori depositano i relativi fogli presso l'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale.

Art. 4 (Esame di ammissibilità)

(1) L'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale verifica e computa le firme al fine di accertare l'ammissibilità della proposta di iniziativa popolare.

(2) L'iniziativa popolare è dichiarata inammissibile, se

- a) le firme non sono state depositate entro quattro mesi dalla data di restituzione dei fogli vidimati;
- b) non è stato raggiunto il numero minimo di firme necessarie.

(3) Se l'iniziativa popolare è risultata ammissibile, il Presidente del Consiglio provinciale assegna il progetto di legge alla commissione legislativa competente per materia. Conclusa la trattazione da parte della commissione legislativa, o comunque trascorsi sei mesi dall'assegnazione senza che la commissione abbia concluso la trattazione del progetto di legge, lo stesso è iscritto al primo punto dell'ordine del giorno della successiva seduta del Consiglio provinciale, il quale deve concluderne la trattazione entro i successivi sei mesi. [2\)](#)

(4) In caso di una modifica sostanziale della disciplina complessiva o delle circostanze che hanno indotto alla presentazione dell'iniziativa popolare, i promotori possono ritirare la stessa con comunicazione motivata all'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale. La comunicazione del ritiro può avvenire fino a quando non è stato votato in Consiglio provinciale il passaggio alla discussione articolata. Tale comunicazione è pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione [3\)](#)

2) L'art. 4, comma 3, è stato così sostituito dall'art. 1, comma 1, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

3) L'art. 4, comma 4, è stato aggiunto dall'art. 1, comma 2, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

CAPO II Referendum abrogativo

Art. 5 (Presupposti)

(1) Il referendum per l'abrogazione totale o parziale di una legge provinciale è indetto quando lo richiedano almeno 13.000 elettori iscritti nelle liste elettorali di un comune della provincia, che hanno diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale. Le firme, raccolte nel termine di quattro mesi dalla restituzione dei fogli vidimati, vanno depositate presso la Ripartizione provinciale Servizi centrali.

(2) Il referendum abrogativo non può essere richiesto per le leggi tributarie e di bilancio, per la disciplina degli emolumenti spettanti al personale ed agli organi della Provincia, e per le disposizioni che riguardano questioni attinenti ai diritti e alla tutela dei gruppi linguistici.

Art. 6 (Richiesta di referendum)

(1) La richiesta di referendum va promossa da almeno 30 elettori iscritti nelle liste elettorali di un comune della provincia, che hanno diritto al voto per l'elezione del Consiglio provinciale, ed è presentata alla Ripartizione provinciale Servizi centrali.

(2) Nella richiesta sono indicati nome, cognome e domicilio dei singoli promotori, la cui firma va autenticata, e il nominativo del promotore che rappresenta i promotori e che riceve le comunicazioni previste dal procedimento. [4\)](#)

(3) La richiesta di referendum non può essere presentata nei dodici mesi che precedono la fine della legislatura del Consiglio provinciale e nei sei mesi successivi all'elezione del nuovo Consiglio provinciale.

4) L'art. 6, comma 2, è stato così sostituito dall'art. 2, comma 1, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

Art. 7 (Quesito referendario)

(1) Il quesito referendario va redatto nelle lingue italiana e tedesca, completando la formula "Volete che sia abrogata ..." con la data, il numero ed il titolo della legge. In caso di abrogazione parziale, va indicato anche il numero degli articoli o dei commi, sui quali si chiede il referendum. Il quesito può contenere anche una sintesi dell'oggetto del referendum.

(2) In caso di referendum per l'abrogazione di parti di uno o più articoli di legge, va trascritto anche il testo letterale delle disposizioni delle quali si propone l'abrogazione.

Art. 8 (Commissione per i procedimenti referendari)

(1) Entro 15 giorni dalla presentazione di richiesta di referendum è istituita la Commissione per i procedimenti referendari, la quale delibera sull'ammissibilità del referendum, riesamina i voti contestati e proclama il risultato dei referendum. La commissione è composta:

- a) da un magistrato del Tribunale di Bolzano;
- b) da un magistrato della Sezione di controllo della Corte dei conti avente sede a Bolzano;
- c) da un magistrato della Sezione autonoma per la provincia di Bolzano del Tribunale regionale di giustizia amministrativa.

(2) I componenti della Commissione per i procedimenti referendari sono individuati mediante sorteggio, a cura del Direttore della Ripartizione provinciale Servizi centrali, di un membro effettivo e di un membro supplente nell'ambito di ciascuna delle tre terne di nomi, proposti dai presidenti rispettivamente del Tribunale di Bolzano, della Sezione di controllo della Corte dei Conti avente sede a Bolzano e della Sezione autonoma per la provincia di Bolzano del Tribunale regionale di giustizia amministrativa.

(3) Le funzioni di segretario della Commissione per i procedimenti referendari sono svolte dal Direttore della Ripartizione provinciale Servizi centrali o da persona da lui delegata.

(4) La Commissione per i procedimenti referendari elegge nel proprio seno il Presidente, che convoca e dirige le sedute, ed il suo sostituto. Essa delibera in presenza di tutti i componenti e a maggioranza di voti.

(5) Ai membri della Commissione per i procedimenti referendari competono le indennità di cui alla [legge provinciale 19 marzo 1991, n. 6](#), previste per le commissioni a rilevanza esterna.

Art. 9 (Esame di ammissibilità)

(1) La Commissione per i procedimenti referendari procede all'esame di ammissibilità entro 60 giorni dalla data di presentazione della richiesta di un referendum, pronunciandosi espressamente e motivatamente in merito alla competenza provinciale della materia oggetto del referendum, alla conformità della richiesta alle disposizioni della Costituzione, dello Statuto speciale e ai vincoli derivanti dall'ordinamento dell'Unione europea e dagli obblighi internazionali nonché in merito ai presupposti e ai limiti previsti dalla presente legge. [5](#)

(1/bis) La Ripartizione provinciale Servizi centrali comunica ai promotori le eventuali riserve espresse dalla Commissione in sede di esame ai sensi del comma 1. Entro 20 giorni i promotori possono integrare o riformulare la richiesta di referendum, dopodiché la Commissione si pronuncia sull'ammissibilità dello stesso. Se dichiara ammissibile il referendum, può essere avviata la raccolta delle firme. [6](#)

(2) La Ripartizione provinciale Servizi centrali comunica ai promotori la decisione della Commissione per i procedimenti referendari sull'ammissibilità del referendum e, nel caso in cui il referendum sia stato dichiarato ammissibile, invita gli stessi a presentare, per la vidimazione, i fogli destinati alla raccolta delle firme.

5) L'art. 9, comma 1, è stato prima sostituito dall'art. 3, comma 1, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#), e successivamente così modificato dall'art. 7, comma 1, della [L.P. 17 novembre 2017, n. 21](#).

6) L'art. 9, comma 1/bis, è stato inserito dall'art. 3, comma 2, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

Art. 10 (Raccolta e deposito delle firme)

(1) Per la vidimazione dei fogli, la raccolta e l'autenticazione delle firme si applicano le disposizioni di cui agli articoli 2 e 3.

Art. 11 (Esame di procedibilità)

(1) Entro 30 giorni dalla consegna dei fogli contenenti le firme la Commissione per i procedimenti referendari verifica:

- a) la regolarità delle firme raccolte, conteggiando anche le firme dei promotori;
- b) se la legge o le singole disposizioni di legge oggetto del referendum siano state nel frattempo abrogate o modificate.

(2) Nel caso in cui non sia stato raggiunto il numero minimo di firme valide necessarie o la legge o singole disposizioni di legge da sottoporre a referendum siano state nel frattempo abrogate o modificate nei loro contenuti essenziali, la Commissione dichiara l'improcedibilità del referendum.

(3) Nel caso in cui la legge o singole disposizioni di legge da sottoporre a referendum siano state nel frattempo abrogate parzialmente o modificate in parti non essenziali, sono sottoposte a referendum le disposizioni che sono rimaste in vigore o hanno subito modifiche solo marginali. In tal caso la Commissione adegua o riformula il quesito.

Art. 12 (Indizione del referendum)

(1) Ricevuta la comunicazione relativa alla decisione sulla procedibilità della richiesta di referendum abrogativo, il Presidente della Provincia indice il referendum, fissando la data per lo svolgimento dello stesso in una domenica compresa tra il 15 aprile e il 15 giugno. Nel relativo decreto da emanarsi non meno di cinquanta e non più di sessanta giorni dallo svolgimento del referendum è riportato anche il quesito da sottoporre agli elettori. [2](#)

(2) Se sono stati dichiarati procedibili più referendum ai sensi della presente legge, essi si svolgono contemporaneamente, con un'unica convocazione degli elettori per il medesimo giorno. Lo svolgimento di uno o più referendum può essere rinviato a un'altra data nel caso in cui siano già stati indetti nell'arco dell'anno altri referendum statali, regionali o provinciali di cui alla [legge provinciale 17 luglio 2002, n. 10](#), cui abbinarlo o abbinarli. Lo svolgimento contemporaneo di referendum ai sensi della presente legge e di elezioni a livello comunale, provinciale, statale o europeo non è consentito. [8](#)

(3) Il decreto di cui al comma 1 è pubblicato nel Bollettino Ufficiale della Regione e dello stesso è data notizia mediante manifesti da affiggersi, a cura dei comuni, almeno 30 giorni prima della data di votazione.

(4) La Ripartizione provinciale Servizi centrali garantisce un'informazione oggettiva ed equilibrata sull'oggetto della votazione e la pubblicità sui mezzi di informazione locali.

(5) Ogni attività ed operazione relativa allo svolgimento del referendum è sospesa nei dodici mesi che precedono la fine della legislatura del Consiglio provinciale e nei sei mesi successivi all'elezione del nuovo Consiglio provinciale.

(6) Se prima della data prevista per lo svolgimento del referendum sia intervenuta l'abrogazione o una sostanziale modifica della legge o di singole disposizioni di legge cui si riferisce il referendum, il Presidente della Provincia, sentita la Commissione di cui all'articolo 8, dichiara che il referendum non ha luogo.

(7) Se prima della data prevista per lo svolgimento del referendum è intervenuta l'abrogazione parziale o una modifica non sostanziale della legge o delle disposizioni di legge cui si riferisce il referendum, il referendum si svolge sul quesito adeguato o riformulato dalla Commissione. [9](#)

(8) In caso di una modifica sostanziale della disciplina complessiva o delle circostanze che hanno indotto alla presentazione della richiesta di referendum, i promotori possono presentare alla Ripartizione provinciale Servizi centrali la comunicazione motivata di considerare superato il referendum, entro cinque giorni dalla pubblicazione del decreto del Presidente della Provincia che indice il referendum. Tale comunicazione e il decreto del Presidente della Provincia che dichiara che il referendum non ha luogo sono pubblicati sul Bollettino Ufficiale della Regione. [10\)](#)

7)L'art. 12, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 4, comma 1, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4.](#)

8)L'art. 12, comma 2, è stato così sostituito dall'art. 4, comma 2, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4.](#)

9)L'art. 12, comma 7, è stato aggiunto dall'art. 4, comma 3, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4.](#)

10)L'art. 12, comma 8, è stato aggiunto dall'art. 4, comma 4, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4.](#)

Art. 13 (Proclamazione dei risultati)

(1) Sulla base dei verbali di scrutinio trasmessi da tutti gli uffici elettorali di sezione della provincia, la Commissione per i procedimenti referendari accerta il numero degli elettori partecipanti alla votazione e, previa verifica dei voti validi favorevoli e di quelli contrari nonché previo riesame dei voti contestati, procede alla proclamazione del risultato conseguito dal referendum. I promotori del referendum possono prendere visione del relativo verbale ed estrarne copia.

(1/bis) Qualora nel giorno del referendum stabilito ai sensi dell'articolo 12, comma 1, dovessero tenersi referendum di cui si sono occupate diverse commissioni ai sensi dell'articolo 8, la commissione istituita per prima assume per tutti i referendum i compiti previsti dal comma 1. [11\)](#)

(2) Il risultato del referendum è favorevole all'abrogazione nel caso in cui alla votazione abbia partecipato il 40 per cento degli aventi diritto alla votazione e sia stata raggiunta la maggioranza dei voti validi favorevoli all'abrogazione.

11)L'art. 13, comma 1/bis, è stato inserito dall'art. 5, comma 1, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4.](#)

Art. 14 (Esito ed efficacia)

(1) Qualora il risultato del referendum sia favorevole all'abrogazione della legge o di singole disposizioni di una legge, il Presidente della Provincia, con decreto da pubblicarsi nel Bollettino Ufficiale della Regione, ne dichiara l'avvenuta abrogazione. L'abrogazione ha effetto il giorno successivo a quello della pubblicazione del decreto.

(2) Qualora il risultato del referendum sia contrario all'abrogazione, la Commissione per i procedimenti referendari ne dà notizia nel Bollettino Ufficiale della Regione. Per i successivi cinque anni non può essere riproposta la medesima richiesta di referendum.

CAPO III Referendum propositivo e consultivo

Art. 15 (Referendum propositivo)

(1) Il referendum propositivo si promuove mediante la presentazione, da parte di 13.000 elettori iscritti nelle liste elettorali di un comune della provincia, che hanno diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale, di apposita richiesta alla Ripartizione provinciale Servizi centrali, contenente il progetto di legge, diviso per articoli, redatto nelle lingue italiana e tedesca, al quale è anteposta la formula "Volete che sia approvato il seguente progetto di legge ...", una relazione illustrativa delle finalità e del contenuto e l'indicazione nel progetto di legge del relativo onere finanziario e dei modi per farvi fronte, qualora siano previste nuove o maggiori spese a carico del bilancio provinciale. [12\)](#)

(2) Il referendum propositivo non è ammesso per le leggi tributarie e di bilancio, per la disciplina degli emolumenti spettanti al personale ed agli organi della Provincia, nonché per disposizioni che riguardano questioni attinenti ai diritti e alla tutela dei gruppi linguistici.

(3) Per quanto riguarda la promozione, la raccolta delle firme, l'esame di ammissibilità e di procedibilità, lo svolgimento, il quorum di partecipazione e la verifica del risultato del referendum nonché per quanto non espressamente previsto, si applicano le disposizioni previste per il referendum abrogativo.

(4) La Commissione per i procedimenti referendari, dopo aver accertato la regolarità delle firme raccolte entro il termine di tre mesi dalla restituzione dei fogli vidimati, sospende ogni ulteriore attività ed operazione relativa allo svolgimento del referendum per un periodo di 180 giorni. Il periodo di sospensione di cui al presente comma non è considerato rilevante ai fini dell'articolo 12, comma 5. [13\)](#)

(4/bis) Se durante il periodo di sospensione di cui al comma 4 il Consiglio provinciale approva una legge provinciale che corrisponde al progetto di legge da sottoporre a referendum, apportando unicamente eventuali adeguamenti tecnici, redazionali e linguistici, la Commissione dichiara l'improcedibilità del referendum. In caso contrario, il referendum ha ulteriore corso. [14\)](#)

(4/ter) In caso di richieste di referendum di cui al comma 1 aventi lo stesso argomento e tra esse incompatibili dal punto di vista del contenuto, esse sono dichiarate "concorrenti" dalla Commissione di cui all'articolo 8 e sono sottoposte a referendum lo stesso giorno. Sulla scheda di votazione la formula di cui al comma 1 è modificata come segue: "Volete che sia approvato il progetto di legge ..., proposto da ..., oppure il progetto di legge ..., proposto da ..., oppure volete che nessuno dei due sia approvato?". In caso di più di due progetti concorrenti sottoposti a referendum, la formula è modificata come segue: "Quale dei progetti volete che sia approvato oppure volete che nessuno di questi progetti di legge sia approvato?" e l'elettore può esprimere il suo consenso per uno o nessuno dei progetti i cui titoli e promotori sono elencati sulla scheda. L'ordine di elencazione è assegnato mediante sorteggio. Agli elettori viene garantita la presa visione dei progetti di legge e della relativa relazione illustrativa. [15\)](#)

(4/quarter) Nel caso in cui il progetto di legge da sottoporre a referendum intervenga su una legge o singole disposizioni di legge che siano state nel frattempo, anche parzialmente, abrogate o modificate, la Commissione per i procedimenti referendari adegua o riformula il progetto ai sensi dell'articolo 11, comma 3, e dell'articolo 12, comma 7, sentito il rappresentante dei promotori di cui all'articolo 6, comma 2. I promotori possono altresì presentare la comunicazione motivata di considerare superato il referendum ai sensi dell'articolo 12, comma 8. [16\)](#)

(4/quinqies) I promotori possono avvalersi dell'assistenza degli uffici provinciali competenti per la predisposizione della copertura finanziaria del progetto di legge. Ove necessario, la Commissione di cui all'articolo 8 adegua la copertura finanziaria prima della votazione, sentiti gli uffici competenti. In ogni caso viene sottoposto a referendum il testo risultante da tale adeguamento. [17\)](#)

(5) Qualora il risultato del referendum sia favorevole all'emanazione della legge, il Presidente della Provincia promulga la stessa. In caso di referendum su progetti concorrenti ai sensi del comma 4-ter, il Presidente della Provincia promulga il progetto che ha ottenuto la maggioranza dei voti validi favorevoli, sempre che il numero dei voti a favore di tale progetto sia superiore al numero dei voti a favore del rigetto di tutti i progetti di legge concorrenti. [18\)](#)

(6) Qualora il risultato del referendum sia contrario all'emanazione della legge, la Commissione per i procedimenti referendari ne dà notizia nel Bollettino Ufficiale della Regione. Per i successivi cinque anni non può essere riproposta la medesima richiesta di referendum.

12) L'art. 15, comma 1, è stato così modificato dall'art. 6, comma 1, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

13) L'art. 15, comma 4, è stato così sostituito dall'art. 6, comma 2, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

14) L'art. 15, comma 4/bis, è stato inserito dall'art. 6, comma 3, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

15) L'art. 15, comma 4/ter, è stato inserito dall'art. 6, comma 4, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

16) L'art. 15, comma 4/quarter, è stato inserito dall'art. 6, comma 6, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

17) L'art. 15, comma 4/quinqies, è stato inserito dall'art. 6, comma 7, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

18) L'art. 15, comma 5, è stato così modificato dall'art. 6, comma 5, della [L.P. 7 settembre 2009, n. 4](#).

Art. 16 (Referendum consultivo facoltativo)

(1) Il Consiglio provinciale può deliberare, a maggioranza assoluta dei suoi componenti, l'indizione di un referendum consultivo su un disegno di legge, prima che esso sia definitivamente approvato.

(2) Si applicano, per quanto compatibili, le disposizioni relative al referendum abrogativo.

(3) Ferma restando la natura non vincolante del referendum consultivo, il Consiglio provinciale deve deliberare in ordine al disegno di legge sottoposto a referendum entro sei mesi dalla pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione dell'esito del referendum, se positivo.

CAPO IV Disposizioni finali

Art. 17 (Rimborso delle spese)

(1) Ai promotori di iniziative popolari e di referendum spetta, su richiesta e a titolo di rimborso spese, una somma di euro 0,50 per ogni firma valida fino al raggiungimento del numero necessario per la validità della proposta, sempreché la competente commissione legislativa del Consiglio provinciale accerti la competenza provinciale nella materia oggetto dell'iniziativa popolare o la Commissione per i procedimenti referendari dichiari l'ammissibilità del referendum.

(2) La relativa richiesta va presentata a secondo della competenza all'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale o alla Ripartizione provinciale Servizi centrali. Nella domanda va indicato il nome del delegato a riscuotere la somma complessiva, con effetto liberatorio.

Art. 18 (Disciplina della votazione)

(1) Hanno diritto di partecipare ai referendum tutti i cittadini iscritti nelle liste elettorali di un comune della provincia, che hanno diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale.

(2) Per quanto non espressamente previsto dalla presente legge, trova applicazione la normativa in materia di elezione del Consiglio provinciale.

Art. 19 (Disposizioni finanziarie)

(1) Il rimborso delle spese ai promotori di iniziative popolari grava sul bilancio del Consiglio provinciale.

(2) Sono a carico del bilancio provinciale:

- a) il rimborso delle spese ai promotori di referendum;
- b) i compensi ai componenti della Commissione per i procedimenti referendari;
- c) le spese per lo svolgimento delle operazioni attinenti ai referendum, comprese quelle sostenute dai comuni per il funzionamento delle sezioni elettorali.

(3) Alla copertura di eventuali spese ai sensi del comma 2 si provvede con appositi stanziamenti a carico dell'UPB 01110 del bilancio di previsione per l'esercizio 2005 e seguenti, integrabili ai sensi dell'articolo 18 della [legge provinciale 29 gennaio 2002, n. 1](#).

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

b) Landesgesetz vom 8. Februar 2010 , Nr. 4 ¹⁾

Einrichtung und Ordnung des Rates der Gemeinden

1)Kundgemacht im Beiblatt Nr. 2 zum Amtsblatt vom 23. Februar 2010, Nr. 8.

Art. 1 (Einrichtung)

(1) Die Einrichtung des Rates der Gemeinden, in der Folge Rat genannt, erfolgt als Beratungsorgan und Gremium der Zusammenarbeit zwischen dem Land Südtirol und den Südtiroler Gemeinden.

(2) Der Rat ist beim Südtiroler Landtag angesiedelt.

Art. 2 (Zusammensetzung, Wahl und Ernennung der Mitglieder)

(1) Die Zusammensetzung des Rates entspricht dem Verhältnis der Sprachgruppen in Südtirol und berücksichtigt den Grundsatz der Vertretung der kleineren Gemeinden, der Bezirksgemeinschaften und, im Verhältnis zur Anzahl der Gemeindereferentinnen und Bürgermeisterinnen, die Vertretung der Frauen. ²⁾

(2) Mitglieder des Rates können nur Bürgermeister und Referenten von Südtiroler Gemeinden sein sowie ehemalige Bürgermeister ebendieser Gemeinden. Die Funktion eines Mitgliedes des Rates ist mit der Funktion eines Abgeordneten zum Südtiroler Landtag, zum römischen Parlament und zum EU-Parlament unvereinbar.

(3) Der Rat setzt sich zusammen aus:

- a) drei von der Landeshauptstadt namhaft gemachten Mitgliedern, wobei zwei der italienischen Sprachgruppe angehören;
- b) je einem Mitglied, das von den Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, mit Ausnahme der Landeshauptstadt, namhaft gemacht wird;
- c) einem Mitglied, das von den Bürgermeistern der ladinischen Sprachgruppe gewählt wird;
- d) zwei Mitgliedern, die von den Bürgermeistern der italienischen Sprachgruppe gewählt werden; von dieser Wahl sind die Bürgermeister der unter den Buchstaben a) und b) genannten Gemeinden jedenfalls ausgeschlossen;
- e) einem Mitglied, das von den Bürgermeistern der Gemeinden mit bis zu 1.200 Einwohnern gewählt wird, mit Ausnahme der Bürgermeister, die bei den unter den Buchstaben c) und d) genannten Wahlen wahlberechtigt sind;
- f) sieben Mitgliedern, die von den Bürgermeistern der Gemeinden der Bezirksgemeinschaften gewählt werden; jede Gemeindegruppe wählt ein Mitglied; die Bürgermeister der unter den Buchstaben a) und b) genannten Gemeinden sowie die Bürgermeister, die bei den unter den Buchstaben c), d) und e) genannten Wahlen wahlberechtigt sind, nehmen an der Wahl nicht teil;
- g) einem von der Bürgermeisterversammlung gewählten Mitglied.

(4) Alle Wahlen finden am selben Tag innerhalb von vier Monaten ab dem ersten Wahlgang der allgemeinen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen des Landes im Rahmen der Vollversammlung der Bürgermeister statt. Die unter Absatz 3 Buchstaben a) und b) genannten Mitglieder werden bis zum zehnten Tag vor den Wahlen namhaft gemacht. Die unter Absatz 3 Buchstabe g) genannte Wahl findet nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der unter den anderen Buchstaben genannten Wahlen statt.

(5) Falls alle Wahlen derart ausfallen, dass die Zusammensetzung des Rates das Verhältnis der Sprachgruppen nicht berücksichtigt, sind die Wahlen der sieben Mitglieder gemäß Absatz 3 Buchstabe f) nichtig und werden am selben Tag wiederholt. Dasselbe gilt, falls im Rat nicht beide Geschlechter vertreten sind, außer alle Bürgermeister der Gemeinden sind desselben Geschlechts.

(6) Die Wahlen werden vom Landtagspräsidenten ausgerufen. Wahlberechtigt sind alle Bürgermeister, die am Tag der Wahl im Amt sind. Die geheimen Wahlen sind dann gültig, wenn mindestens die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten an der Vollversammlung der Bürgermeister teilnimmt. Jeder Bürgermeister kann eine Vorzugsstimme abgeben. Je Gruppierung gelten die Kandidaten mit den meisten Vorzugsstimmen als gewählt; bei Stimmgleichheit gilt der ältere als gewählt.

(7) Die Geschäftsordnung des Rates legt die zusätzlichen Bestimmungen, die für die Wahlen erforderlich sind, fest. Dies gilt insbesondere für den Ort und die Uhrzeit, die Leitung der Wahlvorgänge, die offizielle Anmeldung zur Kandidatur, die eigentliche Wahl, die Bekanntgabe der Wahlergebnisse, die Wiederholung ungültiger Wahlen, die Ausrufung von Ersatzwahlen. Die Geschäftsordnung kann bestimmen, dass Ersatzwahlen lediglich einmal pro Jahr stattfinden dürfen. Bei der erstmaligen Anwendung wird die Geschäftsordnung durch den Rat gemäß [Landesgesetz vom 11. Juni 2003, Nr. 10](#), ingeltender Fassung, genehmigt.

(8) Die Ratsmitglieder werden per Dekret des Landtagspräsidenten ernannt.

2)Art. 2 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 7 Absatz 1 des [L.G. vom 23. Dezember 2015, Nr. 18](#).

Art. 3 (Die Wahl des Präsidenten)

(1) Der Präsident des Rates wird von der Bürgermeisterversammlung am selben Tag der Wahl der Mitglieder und nach der endgültigen Bekanntgabe des Wahlausganges gewählt.

(2) Wählbar ist, wer als Ratsmitglied namhaft gemacht oder in den Rat gewählt wurde.

(3) Es finden, soweit vereinbar, die Bestimmungen laut Artikel 2 Absätze 6, 7 und 8 Anwendung.

Art. 4 (Amtsauer, Wiederwahl und Amtsverlust)

(1) Der Rat bleibt für die Dauer der Amtsperiode eines Gemeinderates im Amt und übt seine Funktionen bis zur Einsetzung des neuen Rates aus.

(2) Der neue Rat wird innerhalb von sechs Monaten ab dem ersten Wahlgang der allgemeinen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen des Landes eingesetzt, wobei der entsprechende Termin auf dem Ernennungsdekret der Mitglieder angeführt ist.

(3) Die Mitglieder verlieren ihr Amt, sobald sie aus jedwedem Grund aus dem Amt des Bürgermeisters oder des Gemeindererenten scheiden. Falls es sich um Mitglieder handelt, die von den im Artikel 2 Absatz 3 Buchstaben a) und b) genannten Gemeinden namhaft gemacht wurden, wird eine neue Namhaftmachung vorgenommen; falls es sich um gewählte Mitglieder handelt, erfolgt in der darauffolgenden Vollversammlung eine Ersatzwahl im Rahmen der entsprechenden Gruppierung.

Art. 5 (Organisation und Funktionsweise des Rates)

(1) Der Rat verfügt über eine normative und organisatorische Selbstverwaltung und ist bei seiner Tätigkeit funktional unabhängig.

(2) Der Rat genehmigt seine Geschäftsordnung mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes, regelt die Geschäftsordnung das Einberufungsverfahren und den Sitzungsablauf, die Voraussetzungen für die Gültigkeit der Beschlüsse sowie die Funktionsweise und die Organisation der Ratstätigkeit, einschließlich der Beratungstätigkeit gegenüber den Gemeinden.

(4) Der Rat wählt in getrennter Abstimmung und mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder drei Vizepräsidenten, die jeweils der deutschen, der italienischen und der ladinischen Sprachgruppe angehören. Der Vizepräsident, der der italienischen Sprachgruppe angehört, wird von den Mitgliedern vorgeschlagen, die die Landeshauptstadt namhaft gemacht hat.

(5) Die Geschäftsordnung kann die Einrichtung eines Präsidiums und interner Kommissionen vorsehen sowie jene Fälle anführen, in denen die Funktionen des Rates von diesen Gremien erfüllt werden.

(6) Die Geschäftsordnung kann Fälle vorsehen, in denen nicht stimmberechtigte Dritte an den Arbeiten des Rates und seiner Gremien teilnehmen.

(7) Die Geschäftsordnung stellt einen zügigen Austausch der Verwaltungsakte und Stellungnahmen zwischen den Mitgliedern des Rates sicher, wobei zu diesem Zweck auch EDV-gestützte Hilfsmittel zum Einsatz kommen, die mit denen der Landesverwaltung und des Landtages kompatibel sind; die Geschäftsordnung regelt weiters die Öffentlichkeitsarbeit des Rates.

(8) Der Rat kann auf das Personal und die Einrichtungen zurückgreifen, die von der repräsentativsten Organisation der Gemeinden, dem Landtag, der Landesregierung, den einzelnen Gemeinden, den Bezirksgemeinschaften sowie von Hilfsorganen dieser Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden; die entsprechenden Beziehungen, auch finanzieller Natur, werden durch eigene Vereinbarungen geregelt.

(9) Der Rat legt innerhalb 15. September eines jeden Jahres dem Landtagspräsidium einen Tätigkeitsplan samt entsprechendem Kostenvoranschlag zur Genehmigung vor. Die Gebarung der entsprechenden Ausgaben erfolgt gemäß interner Verwaltungs- und Buchungsordnung des Landtages. Für die Auszahlung der Ausgaben ermächtigt die Landtagspräsidentin bzw. der Landtagspräsident, zu Lasten der eigenen Bereitstellungen des Haushaltes des Landtages, Krediteröffnungen zugunsten einer bevollmächtigten Beamtin bzw. eines bevollmächtigten Beamten, die bzw. der unter den Bediensteten des Südtiroler Landtages bestimmt wird. Diese Beamtin bzw. dieser Beamte nimmt die Zahlungen der Ausgaben gemäß der im Bereich der bevollmächtigten Beamten geltenden Landesbestimmungen und aufgrund der Anweisungen des Präsidenten des Rates vor und übermittelt die Abrechnung über die zu Lasten der Krediteröffnungen getätigten Zahlungen, samt den entsprechenden Unterlagen und Belegen, zur verwaltungsmäßig-buchhalterischen Überprüfung dem Amt für Verwaltungsangelegenheiten des Südtiroler Landtages.

(10) Vor der Genehmigung wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung dem Präsidium des Landtages übermittelt, das diesbezüglich seine Anmerkungen über die Angleichung der verfahrenstechnischen Aspekte zwischen dem Rat und dem Landtag vornehmen kann.

Art. 6 (Zwingendes Gutachten des Rates)

(1) Der Rat äußert sich zwingend zu Begehrensgesetzentwürfen und Gesetzentwürfen, zu Landesverordnungen und allgemeinen Verwaltungsakten, falls diese Themenbereiche berühren, in denen die entsprechenden Funktionen zur Gänze oder teilweise den Gemeinden zugewiesen oder zuzuweisen sind bzw. lokale Steuern oder die Lokal Finanzen betreffen. Der Rat äußert sich ebenso zwingend zu allgemeinen Landesplänen und -programmen, die das Landesgebiet, die öffentlichen Dienste sowie die sozioökonomische Entwicklung betreffen, falls davon die Interessen der Gemeinden betroffen sind. Im Zusammenhang mit den Gesetzentwürfen der Landesregierung wird das Gutachten vor der endgültigen Genehmigung derselben durch die Landesregierung angefordert. Bei Gesetzentwürfen in Bezug auf den Landeshaushalt ist das Gutachten lediglich hinsichtlich der Ausrichtung des Haushaltes und jener Aspekte des Haushaltsgesetzentwurfes, die die Gebietskörperschaften betreffen, erforderlich. Falls der Präsident des Rates oder ein bevollmächtigter Vertreter dies beantragt, wird er von der Kommission des Landtages angehört, die für die Behandlung der Begehrensgesetzentwürfe, der Gesetzentwürfe und der sonstigen unter diesem Punkt genannten Akte zuständig ist.

(2) Vor ihrer endgültigen Genehmigung werden dem Rat jene Akte laut Absatz 1 übermittelt, die nach der Prüfung durch denselben im Laufe des Verfahrens grundlegenden Änderungen unterzogen wurden.

(3) Das Sekretariat des Landtages oder der einbringende Landesrat/die einbringende Landesrätin übermitteln dem Rat die Entwürfe der Akten laut Absatz 1 zur Begutachtung. Unbeschadet anderslautender Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages, wird der Rat binnen 30 Tagen ab Beantragung des Gutachtens ein solches abgeben. Diese Frist kann auf begründeten Antrag des Präsidenten des Rates verlängert oder aus Dringlichkeitsgründen, die vom Landtag oder der Landesregierung vorgebracht werden, verkürzt werden. Nach Ablauf der Frist wird von einem Gutachten abgesehen. [3\)](#)

(4) Falls das Gutachten zu Begehrensgesetzentwürfen oder Gesetzentwürfen verpflichtend ist oder der Rat es als verpflichtend erachtet und das Gutachten negativ ausfallen oder an spezifische Änderungswünsche gekoppelt sein sollte, hat die Gesetzgebungskommission vor der Endabstimmung über den Begehrensgesetzentwurf oder den Gesetzentwurf in einem Beschluss die Gründe für das Abrücken vom Gutachten darzulegen. Das Sekretariat des Landtages leitet neben dem Gutachten des Rates auch den genannten Beschluss der Gesetzgebungskommission an das Plenum des Landtages weiter. Vom allfälligen Beschluss der Gesetzgebungskommission ist auch der Rat in Kenntnis zu setzen.

(5) Falls das Gutachten zu Landesverordnungen oder allgemeinen Verwaltungsakten verpflichtend ist oder der Rat es als verpflichtend erachtet und das Gutachten negativ ausfallen oder an spezifische Änderungswünsche gekoppelt sein sollte, hat die Landesregierung bei der Genehmigung der Maßnahmen das Abrücken vom Gutachten des Rates spezifisch zu begründen und ihn davon in Kenntnis zu setzen.

3)Art. 6 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 7 Absatz 2 des [L.G. vom 23. Dezember 2015, Nr. 18](#).

Art. 7 (Gesetzesinitiative und Volksabstimmung)

(1) Der Rat hat im Zusammenhang mit den Landesgesetzen, welche Themenbereiche laut Artikel 6 Absatz 1 betreffen, die Gesetzesinitiative. Diese wird mit der Zweidrittelmehrheit der Ratsmitglieder beschlossen. Der Rat kann für die Ausarbeitung der Bestimmung der finanziellen Deckung des Gesetzentwurfs die zuständigen Landesämter in Anspruch nehmen. Es kommen die Bestimmungen laut Artikel 4 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11](#), in geltender Fassung, zur Anwendung.

(2) Mit der Zustimmung von Zwei Dritteln der Mitglieder kann der Rat eine Volksabstimmung zur gänzlichen oder teilweisen Abschaffung eines Landesgesetzes, welches Themenbereiche laut Artikel 6 Absatz 1 betrifft, mit Ausnahme der Landesgesetze bezüglich lokale Steuern, die Lokalfinzen oder den Landeshaushalt, beantragen. Diesbezüglich kommt der II. Abschnitt des [Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11](#), in geltender Fassung, zur Anwendung. [4\)](#)

(3) Mit der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder kann der Rat zu den Themenbereichen laut Artikel 6 Absatz 1 eine einführende Volksabstimmung einleiten. Der Rat kann für die Ausarbeitung der finanziellen Deckung des Gesetzentwurfs, welcher der Volksabstimmung unterworfen wird, die zuständigen Landesämter in Anspruch nehmen. Es kommen der Artikel 15 Absatz 2 und, soweit vereinbar, der III. Abschnitt des [Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11](#), in geltender Fassung, zur Anwendung.

(4) Der Rat kann gemäß den Bestimmungen des [Landesgesetzes vom 18. November 2005, Nr. 11](#), in geltender Fassung, die Abhaltung einer beratenden Volksabstimmung beantragen.

4)Art. 7 Absatz 2 wurde so geändert durch Art. 1 Absatz 1 des [L.G. vom 24. Jänner 2011, Nr. 2](#).

Art. 8 (Zuständigkeiten im Bereich der Lokalfinzen)

(1) Der Rat übt jene Funktionen aus, die das Autonomiestatut, die Durchführungsbestimmungen und die Landesgesetze den einheitlichen Vertretungen der Gemeinden hinsichtlich der Lokalfinzen zuweisen.

Art. 9 (Sonstige Zuständigkeiten des Rates)

(1) Der Rat erarbeitet Vorschläge zu Themenbereichen von Gemeindeinteresse und unterbreitet diese dem Landtag oder der Landesregierung.

(2) Der Rat kann sich zu sämtlichen Vorschlägen, auch Änderungsvorschlägen, äußern, die beim Landtag eingebracht wurden. Zu diesem Zweck werden die Vorschläge dem Rat laut der von der Geschäftsordnung des Landtages festgelegten Vorgehensweise übermittelt.

(3) Der Rat kann, wenn dies von den Landesgremien gefordert wird, ein fakultatives Gutachten abgeben.

(4) Der Rat übt die Befugnisse, auch Beschluss- und aktive Verwaltungsbefugnisse, die ihm von der Landesgesetzgebung zugewiesen werden, aus, insbesondere im Zusammenhang mit den Aufteilungskriterien und der Aufteilung bzw. Zuweisung von finanziellen Zuwendungen.

(5) Der Rat fördert den Abschluss von Vereinbarungen über die Planung und Umsetzung von Kooperationsprojekten zwischen den Gemeinden, zwischen den Gemeinden und dem Land sowie zwischen den jeweiligen Hilfseinrichtungen, um einen angemessenen und koordinierten Ablauf der Verwaltungsfunktionen im Landesgebiet zu fördern und ein angemessenes Niveau der öffentlichen Dienste zu sichern. Die Vereinbarungen zwischen Land und Gemeinden werden im Rahmen der Konferenz der Gemeinden laut Artikel 10 festgelegt.

Art. 10 (Konferenz für die Beziehungen zwischen Land und Gemeinden)

(1) Die Konferenz für die Beziehungen zwischen Land und Gemeinden wird zwecks Abschluss von Vereinbarungen zwischen der Landesregierung und dem Rat eingerichtet. Die Konferenz tritt auf Antrag eines der beiden Organe zusammen.

(2) Die Konferenz setzt sich aus dem Landeshauptmann, den Mitgliedern der Landesregierung und den Mitgliedern des Rates zusammen.

(3) Das Regelwerk über die Organisation und die Funktionsweise der Konferenz wird über eine entsprechende Vereinbarung festgelegt.

(4) Die Vereinbarungen werden mit der Zustimmung der absoluten Mehrheit der Mitglieder der Landesregierung und der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Rates genehmigt.

(5) Die Vereinbarungen werden vom Landeshauptmann und dem Präsidenten des Rates unterzeichnet. Die Vereinbarungen werden im Amtsblatt der Region veröffentlicht.

(6) Das Regelwerk über die Organisation und die Funktionsweise der Konferenz zählt jene Fälle auf, in denen die Vereinbarungen über ein vereinfachtes Verfahren getroffen werden können, und zwar durch die Unterzeichnung seitens des Landeshauptmannes und des Präsidenten des Rates, nach vorheriger Genehmigung der Vereinbarungsvorlage mit absoluter Mehrheit der Mitglieder der Landesregierung bzw. des Rates.

Art. 11 (Entschädigungen und Kostenrückerstattung)

(1) Dem Präsidenten steht eine Amtsvergütung im Ausmaß von 30 Prozent der den Abgeordneten des Südtiroler Landtages im Sinne der geltenden Bestimmungen zustehenden festen Monatsbruttobezüge zu. [5\)](#)

(2) Den Mitgliedern des Rates stehen, soweit sie anspruchsberechtigt sind, für die Teilnahme an den Sitzungen das Doppelte jener Vergütungen zu Lasten des Haushaltes des Landtages zu, die das [Landesgesetz vom 19. März 1991, Nr. 6](#), in geltender Fassung, für die Mitglieder der Beiräte vorsieht, die eine selbstständige Aufgabe nach außen wahrzunehmen haben. Ihnen steht außerdem zu den vom obgenannten Landesgesetz angeführten Bedingungen und Modalitäten jene Außendienstvergütung zu, wie sie das angeführte Landesgesetz für die Landesbediensteten vorsieht.

5) Art. 11 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 6 Absatz 1 des [L.G. vom 17. Jänner 2011, Nr. 1](#).

Art. 12 (Gemeinsame Sitzung)

(1) Der Landtag und der Rat können in Absprache eine gemeinsame Sitzung abhalten, um den Zustand des Selbstverwaltungssystems der Gemeinden des Landes zu prüfen.

Art. 13 (Finanzbestimmung)

(1) Das vorliegende Gesetz bringt für das Finanzjahr 2009 keine Ausgaben mit sich.

(2) Für die nachfolgenden Finanzjahre gehen die Ausgaben für die Tätigkeit des Rates aufgrund des vorliegenden Gesetzes zu Lasten des Haushalts des Landtages. Die Abdeckung dieser Ausgaben erfolgt nach den in Artikel 34 des Landesgesetzes vom 29. Jänner 2002, Nr. 1, in geltender Fassung, festgelegten Modalitäten.

Art. 14 (Aufhebung)

(1) Das [Landesgesetz vom 11. Juni 2003, Nr. 10](#), in geltender Fassung, ist aufgehoben.

Art. 15 (Übergangs- und Schlussbestimmungen)

(1) Bei der erstmaligen Anwendung wird der Rat nach den allgemeinen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen des Landes im Jahre 2010 entsprechend den gegenständlichen Gesetzesbestimmungen gebildet.

(2) Bis zur Einsetzung des nach den vorliegenden Gesetzesbestimmungen gebildeten Rates bleibt der Rat gemäß [Landesgesetz vom 11. Juni 2003, Nr. 10](#), in geltender Fassung, und laut den darin vorgesehenen Bestimmungen im Amt, vorbehaltlich der neuen Zuständigkeit gemäß Artikel 2 Absatz 7.

Dieses Gesetz ist im Amtsblatt der Region kundzumachen. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

b) Legge provinciale 8 febbraio 2010 , n. 4 ¹⁾

Istituzione e disciplina del consiglio dei comuni

1) Pubblicata nel Suppl. n. 2 al B.U. 23 febbraio 2010, n. 8.

Art. 1 (Istituzione)

(1) È istituito il Consiglio dei comuni, di seguito denominato Consiglio, quale organo di consultazione e di collaborazione tra la Provincia autonoma di Bolzano e i comuni del territorio provinciale.

(2) Il Consiglio ha sede presso il Consiglio provinciale.

Art. 2 (Composizione, elezione e nomina dei componenti)

(1) La composizione del Consiglio si adegua alla consistenza dei gruppi linguistici in Alto Adige e rispetta i principi della rappresentanza dei comuni di minori dimensioni e delle comunità comprensoriali e, in rapporto al numero delle assessorie comunali e delle sindache, la rappresentanza delle donne. ²⁾

(2) Possono far parte del Consiglio solo sindaci e assessori comunali di comuni altoatesini nonché ex sindaci di tali comuni. La funzione di componente del Consiglio è incompatibile con la carica di consigliere provinciale, di parlamentare e di parlamentare europeo.

(3) Il Consiglio è composto da:

- a) tre componenti designati dal comune capoluogo; due di essi appartengono al gruppo linguistico italiano;
- b) un componente designato da ciascuno dei comuni con più di 20.000 abitanti, escluso il comune capoluogo;
- c) un componente eletto dai sindaci appartenenti al gruppo linguistico ladino;
- d) due componenti eletti dai sindaci appartenenti al gruppo linguistico italiano; non partecipano comunque al voto i sindaci dei comuni di cui alle lettere a) e b);
- e) un componente eletto dai sindaci dei comuni con popolazione fino a 1.200 abitanti, diversi da quelli che hanno diritto di voto nelle elezioni di cui alle lettere c) e d);
- f) sette componenti eletti dai sindaci dei gruppi di comuni ricadenti nel territorio delle comunità comprensoriali; ciascun gruppo di comuni esprime un componente; non partecipano all'elezione i sindaci dei comuni di cui alle lettere a) e b), e i sindaci che hanno diritto di voto nelle elezioni di cui alle lettere c), d) ed e);
- g) un componente eletto dall'assemblea dei sindaci di tutti i comuni.

(4) Tutte le elezioni hanno luogo lo stesso giorno, nell'ambito dell'assemblea generale dei sindaci, entro quattro mesi dalla data del primo turno di votazione del turno generale per l'elezione dei sindaci e dei consigli comunali della provincia. I componenti di cui alle lettere a) e b) del comma 3 sono designati entro il decimo giorno antecedente quello delle elezioni. L'elezione di cui alla lettera g) del comma 3 ha luogo dopo la proclamazione dei risultati delle elezioni di cui a tutte le altre lettere.

(5) Qualora il risultato di tutte le elezioni sia tale che la composizione del Consiglio non rispecchi la consistenza dei gruppi linguistici, le elezioni dei sette componenti di cui alla lettera f) del comma 3 sono nulle e si procede lo stesso giorno a nuove votazioni. Lo stesso vale qualora nel Consiglio non risultino rappresentati entrambi i sessi, salvo il caso in cui tutti i sindaci dei comuni appartengano allo stesso sesso.

(6) Le elezioni sono convocate dal Presidente del Consiglio provinciale. Sono elettori i sindaci in carica nel giorno di svolgimento delle elezioni. Le votazioni, che avvengono a scrutinio segreto, sono valide se partecipa all'assemblea generale dei sindaci, complessivamente, almeno la maggioranza assoluta degli aventi diritto. Ogni sindaco può esprimere una preferenza. Per ciascun raggruppamento sono eletti coloro che hanno ottenuto più voti di preferenza; in caso di parità è eletto il più anziano di età.

(7) Il regolamento del Consiglio stabilisce le ulteriori norme necessarie per le elezioni, in particolare per quanto riguarda il luogo e gli orari, la direzione delle operazioni, la presentazione di eventuali candidature ufficiali, lo scrutinio, la proclamazione dei risultati, la ripetizione di elezioni non valide, l'indizione di elezioni suppletive. Il regolamento può prevedere che le elezioni suppletive si tengano una sola volta all'anno. In prima applicazione il regolamento viene approvato dal Consiglio ai sensi della [legge provinciale 11 giugno 2003, n. 10](#), e successive modifiche.

(8) I componenti del Consiglio sono nominati con decreto del Presidente del Consiglio provinciale.

2) L'art. 2, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 7, comma 1, della [L.P. 23 dicembre 2015, n. 18](#).

Art. 3 (Elezione del presidente)

(1) Il presidente del Consiglio è eletto dall'assemblea dei sindaci di tutti i comuni lo stesso giorno delle elezioni dei componenti, dopo la proclamazione definitiva dei risultati delle stesse.

(2) È eleggibile chi è stato designato o eletto quale componente del Consiglio.

(3) Si applicano i commi 6, 7 e 8 dell'articolo 2, in quanto compatibili.

Art. 4 (Durata in carica, rinnovo e decadenza)

(1) Il Consiglio rimane in carica per il periodo corrispondente a una consiliatura comunale ed esercita le sue funzioni sino all'insediamento del nuovo Consiglio.

(2) Il nuovo Consiglio è insediato entro sei mesi dalla data del primo turno di votazione del turno generale per l'elezione dei sindaci e dei consigli comunali della provincia, nella data stabilita con il decreto di nomina dei componenti.

(3) I componenti decadono qualora cessino per qualsiasi causa dalla carica di sindaco o di assessore del comune. Se si tratta di componenti designati dai comuni di cui all'articolo 2, comma 3, lettere a) e b), si provvede a nuove designazioni; se si tratta di componenti eletti, si procede, nella successiva assemblea generale, a elezione suppletiva nell'ambito del raggruppamento di riferimento.

Art. 5 (Organizzazione e funzionamento del Consiglio)

(1) Il Consiglio ha autonomia normativa e organizzativa, e opera in posizione di indipendenza funzionale.

(2) Il Consiglio adotta il proprio regolamento a maggioranza assoluta dei componenti.

(3) Salvo quanto stabilito dalla presente legge, il regolamento disciplina le modalità di convocazione e di svolgimento delle sedute, le condizioni per la validità delle deliberazioni nonché le procedure di funzionamento e di organizzazione dei lavori, ivi comprese le modalità per lo svolgimento di consultazioni della generalità dei comuni.

(4) Il Consiglio, con votazioni separate e a maggioranza assoluta dei componenti, elegge tre vicepresidenti, appartenenti, rispettivamente, al gruppo linguistico tedesco, al gruppo linguistico italiano e al gruppo linguistico ladino. Il vicepresidente appartenente al gruppo linguistico italiano è proposto dai componenti designati dal comune capoluogo.

(5) Il regolamento può prevedere la costituzione di un ufficio di presidenza e di commissioni interne; può prevedere casi nei quali funzioni del Consiglio sono esercitate da questi organismi.

(6) Il regolamento può prevedere casi nei quali ai lavori del Consiglio e delle sue articolazioni interne partecipano altri soggetti, senza diritto di voto.

(7) Il regolamento assicura le più celeri modalità di circolazione degli atti e di espressione delle rispettive posizioni tra i componenti il Consiglio, anche tramite l'uso di strumentazione informatica, in raccordo con le procedure tecniche in uso presso la Provincia e il Consiglio provinciale; esso disciplina le forme di pubblicità dei lavori del Consiglio.

(8) Il Consiglio può avvalersi del personale e delle strutture messe a disposizione dall'organismo maggiormente rappresentativo dei comuni, dal Consiglio provinciale, dalla Giunta provinciale, da singoli comuni, dalle comunità comprensoriali, così come dai loro enti strumentali; i rapporti relativi, anche finanziari, sono regolati da apposite convenzioni.

(9) Il Consiglio presenta entro il 15 settembre di ogni anno alla Presidenza del Consiglio provinciale un progetto programmatico delle sue attività, corredato della relativa previsione di spesa, per l'approvazione. La gestione delle relative spese avviene a norma del regolamento interno di amministrazione e di contabilità del Consiglio provinciale. Per l'erogazione delle spese la Presidente o il Presidente del Consiglio provinciale autorizza, a carico degli appositi stanziamenti del bilancio del Consiglio provinciale, aperture di credito a favore di una funzionaria delegata o di un funzionario delegato, scelta o scelto tra i dipendenti del Consiglio provinciale. Detta funzionaria o detto funzionario provvede al pagamento delle spese secondo la vigente normativa provinciale in materia di funzionari delegati e sulla base delle istruzioni del Presidente del Consiglio e trasmette i rendiconti periodici dei pagamenti effettuati a carico delle aperture di credito, insieme alla relativa documentazione giustificativa, all'ufficio amministrazione del Consiglio provinciale per il riscontro amministrativo-contabile.

(10) Prima dell'approvazione, la proposta di regolamento è trasmessa all'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale, che può formulare osservazioni per i profili attinenti al raccordo procedurale tra Consiglio e Consiglio provinciale.

Art. 6 (Parere obbligatorio del Consiglio)

(1) Il Consiglio esprime parere obbligatorio sui progetti di legge e sui disegni di legge, sui regolamenti provinciali, sugli atti amministrativi generali, quando essi riguardano materie nelle quali in tutto o in parte le funzioni sono attribuite o sono da attribuire ai comuni ovvero riguardano i tributi locali o la finanza locale. Il Consiglio esprime altresì parere obbligatorio sui piani e programmi provinciali di carattere generale aventi per oggetto il territorio, i servizi pubblici nonché lo sviluppo socio-economico, se riguardano gli interessi dei comuni. In relazione ai disegni di legge di iniziativa della Giunta, il parere è richiesto prima dell'approvazione definitiva dei medesimi da parte della Giunta. Per i disegni di legge concernenti la manovra finanziaria provinciale, il parere è richiesto con riguardo alle sole linee di impostazione della manovra di bilancio e ai contenuti del disegno di legge finanziaria riguardanti gli enti locali. Il presidente del Consiglio o un suo delegato, qualora ne faccia richiesta, è sentito dalla commissione del Consiglio provinciale competente per la trattazione dei progetti di legge, dei disegni di legge e degli altri atti di cui al presente comma.

(2) Prima della loro approvazione definitiva, sono comunicati al Consiglio gli atti di cui al comma 1 che, già sottoposti all'esame di detto organo, sono stati successivamente oggetto di sostanziali modificazioni nel corso del procedimento.

(3) La segreteria del Consiglio provinciale o l'assessore/l'assessora provinciale proponente trasmettono al Consiglio i progetti degli atti di cui al comma 1 per il parere. I pareri sono resi dal Consiglio entro 30 giorni dalla richiesta, salvo quanto diversamente stabilito dal regolamento interno del Consiglio provinciale. Il termine può essere elevato su richiesta motivata del presidente del Consiglio ovvero ridotto per ragioni di urgenza prospettate dal Consiglio provinciale o dalla Giunta provinciale. Decorso il termine, si prescinde dal parere. [3\)](#)

(4) Nel caso in cui il parere in ordine a progetti di legge o disegni di legge risultasse obbligatorio o tale lo ritenga il Consiglio e fosse negativo o condizionato all'accoglimento di specifiche modifiche, la commissione legislativa, prima di giungere alla votazione finale del progetto di legge o del disegno di legge deve motivatamente deliberare di non seguire il parere. La segreteria del Consiglio provinciale trasmette al Consiglio per la discussione in aula, oltre al parere del Consiglio dei comuni, anche la suddetta delibera della commissione legislativa. Dell'eventuale delibera della commissione legislativa deve altresì essere informato il Consiglio dei comuni.

(5) Nel caso in cui il parere in ordine a regolamenti provinciali o ad atti amministrativi risultasse obbligatorio o tale lo ritenga il Consiglio e fosse negativo o condizionato all'accoglimento di specifiche modifiche, la Giunta provinciale, all'atto di approvazione dei provvedimenti deve specificamente motivare il discostamento dal parere del Consiglio, informandolo di conseguenza.

3) L'art. 6, comma 3, è stato così modificato dall'art. 2, della [L.P. 23 dicembre 2015, n. 18](#).

Art. 7 (Iniziativa legislativa e iniziativa referendaria)

(1) Il Consiglio ha l'iniziativa legislativa per le leggi provinciali riguardanti materie di cui all'articolo 6, comma 1. L'iniziativa è deliberata con il voto favorevole dei due terzi dei componenti il Consiglio. Esso può avvalersi dell'assistenza degli uffici provinciali competenti per la predisposizione della norma di copertura finanziaria del disegno di legge. Trovano applicazione le regole dell'articolo 4, comma 3, della [legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11](#), e successive modifiche.

(2) Il Consiglio, con il voto favorevole dei due terzi dei componenti, può chiedere il referendum popolare per l'abrogazione totale o parziale di una legge provinciale riguardante materie di cui all'articolo 6, comma 1, escluse le leggi provinciali aventi a oggetto tributi locali, la finanza locale o la manovra finanziaria provinciale. Si applica il Capo II della [legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11](#), e successive modifiche. [4\)](#)

(3) Il Consiglio, con il voto favorevole dei due terzi dei componenti, può promuovere il referendum propositivo nelle materie di cui all'articolo 6, comma 1. Esso può avvalersi dell'assistenza degli uffici provinciali competenti per la predisposizione della copertura finanziaria del progetto di legge da sottoporre a referendum. Trovano applicazione l'articolo 15, comma 2, e, in quanto compatibile, il Capo III della [legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11](#), e successive modifiche.

(4) Il Consiglio può chiedere il referendum consultivo secondo quanto disposto dalla [legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11](#), e successive modifiche.

4) L'art. 7, comma 2, è stato così sostituito dall'art. 1, comma 1, della [L.P. 24 gennaio 2011, n. 2](#).

Art. 8 (Competenze in materia di finanza locale)

(1) Il Consiglio esercita le funzioni che lo Statuto di autonomia, le norme di attuazione e le leggi provinciali assegnano a rappresentanze unitarie dei comuni in materia di finanza locale.

Art. 9 (Altre competenze del Consiglio)

(1) Il Consiglio formula proposte relative a materie di interesse dei comuni, da sottoporre al Consiglio provinciale o alla Giunta provinciale.

(2) Il Consiglio può esprimere osservazioni su tutte le proposte, anche emendative di altre, depositate in Consiglio provinciale. A tal fine le proposte sono comunicate al Consiglio, secondo le modalità stabilite dal regolamento interno del Consiglio provinciale.

(3) Il Consiglio esprime parere facoltativo, quando richiesto dagli organi provinciali.

(4) Il Consiglio esercita le competenze, anche deliberative e di amministrazione attiva, a esso assegnate dalla legislazione provinciale, particolarmente per quanto attiene ai criteri di riparto, al riparto e all'assegnazione di contributi finanziari.

(5) Il Consiglio promuove intese per la programmazione e l'attuazione di progetti di collaborazione tra comuni, tra questi e la Provincia, nonché con i loro enti strumentali, allo scopo di favorire lo svolgimento più adeguato e coordinato delle funzioni amministrative nel territorio provinciale, e di assicurare adeguati livelli di servizio pubblico. Le intese tra la Provincia e i comuni sono definite nella conferenza prevista dall'articolo 10.

Art. 10 (Conferenza per i rapporti tra la Provincia e i comuni)

(1) È istituita la Conferenza per i rapporti tra la Provincia e i comuni, per la definizione di intese tra la Giunta provinciale e il Consiglio. La Conferenza si riunisce su richiesta di uno dei due organi.

(2) La Conferenza è costituita con la partecipazione del Presidente della Provincia, dei componenti della Giunta provinciale e dei componenti del Consiglio.

(3) Con apposita intesa è adottato il regolamento di organizzazione e funzionamento della Conferenza.

(4) Le intese sono approvate con il voto favorevole della maggioranza assoluta dei componenti della Giunta provinciale e della maggioranza assoluta dei componenti del Consiglio.

(5) Le intese sono sottoscritte dal Presidente della Provincia e dal presidente del Consiglio. Le intese sono pubblicate nel Bollettino ufficiale della Regione.

(6) Il regolamento di organizzazione e funzionamento della Conferenza prevede i casi nei quali le intese possono essere definite con procedura semplificata mediante sottoscrizione da parte del Presidente della Provincia e del presidente del Consiglio, previa approvazione dello schema di intesa a maggioranza assoluta dei componenti rispettivamente della Giunta provinciale e del Consiglio.

Art. 11 (Indennità e rimborsi spese)

(1) Al Presidente del Consiglio dei comuni spetta un'indennità di carica corrispondente al 30 per cento degli emolumenti fissi mensili lordi spettanti, ai sensi delle disposizioni vigenti, ai consiglieri/alle consigliere del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano. [5](#)

(2) Ai componenti del Consiglio è corrisposto, a carico del bilancio del Consiglio provinciale, quando compete, per la partecipazione alle sedute, il doppio delle indennità previste dalla [legge provinciale 19 marzo 1991, n. 6](#), e successive modifiche, per i componenti di comitati aventi un'autonoma funzione di rilevanza esterna. Ad essi spetta altresì, alle condizioni e con le modalità indicate nella citata legge provinciale, il trattamento economico di missione previsto per i dipendenti dell'amministrazione provinciale.

5) L'art. 11, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 6, comma 1, della [L.P. 17 gennaio 2011, n. 1](#).

Art. 12 (Seduta congiunta)

(1) Il Consiglio provinciale e il Consiglio possono riunirsi di comune accordo in seduta congiunta per un esame dello stato del sistema delle autonomie comunali nella provincia.

Art. 13 (Norma finanziaria)

(1). La presente legge non comporta spese per l'anno finanziario 2009.

(2) Per gli anni finanziari successivi le spese per l'attività del Consiglio derivanti dalla presente legge sono a carico del bilancio del Consiglio provinciale. Al loro finanziamento si provvede con le modalità stabilite dall'articolo 34 della [legge provinciale 29 gennaio 2002, n. 1](#), e successive modifiche.

Art. 14 (Abrogazione)

(1) La [legge provinciale 11 giugno 2003, n. 10](#), e successive modifiche, è abrogata.

Art. 15 (Norme transitorie e finali)

(1) In prima applicazione, il Consiglio è costituito secondo le disposizioni della presente legge successivamente al turno generale del 2010 per l'elezione dei sindaci e dei consigli comunali della provincia.

(2) Fino all'insediamento del Consiglio costituito secondo le disposizioni della presente legge rimane in carica il Consiglio di cui alla [legge provinciale 11 giugno 2003, n. 10](#), e successive modifiche, che opera secondo la normativa ivi prevista, fatta salva la nuova competenza di cui all'articolo 2, comma 7.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare, come legge della Provincia.

k) Landesgesetz vom 3. Dezember 2018, Nr. 22 ¹⁾

Direkte Demokratie, Partizipation und politische Bildung

1)Kundgemacht im Beiblatt 4 zum Amtsblatt vom 6. Dezember 2018, Nr. 49.

I. ABSCHNITT

ZIELSETZUNGEN UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Art. 1 (Zielsetzungen)

(1) Direkte Demokratie und partizipative Demokratie sind, in Ergänzung zur repräsentativen Demokratie, Ausdruck des Bürgerwillens und werden als Teil des demokratischen Lebens im Lande anerkannt. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Möglichkeiten und Ausdrucksformen demokratischer Entscheidungen zu erweitern, zu stärken und allgemein zugänglich zu machen.

Art. 2 (Begriffsbestimmung)

(1) Beratende Volksbefragung: Die beratende Volksbefragung kann zu Vorlagen, die in die Zuständigkeit des Landtages oder der Landesregierung fallen, beantragt werden. Zur Abstimmung sind alle Personen zugelassen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollenden. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist nicht verbindlich.

(2) Aufhebende Volksabstimmung - Volksinitiative: Mit einer aufhebenden Volksabstimmung haben die Bürgerinnen und Bürger mittels einer Volksabstimmung die Möglichkeit, ein bestehendes Gesetz abzuschaffen. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist für die politischen Institutionen bindend.

(3) Einführende Volksabstimmung - Volksinitiative: Mit einer einführenden Volksabstimmung haben die Bürgerinnen und Bürger mittels Volksabstimmung die Möglichkeit, über ein von ihnen selbst ausgearbeitetes Gesetz abzustimmen. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist für die politischen Institutionen bindend.

(4) Bestätigende Volksabstimmung - das Referendum: Mit der bestätigenden Volksabstimmung entscheiden die Bürgerinnen und Bürger darüber, ob ein vom Landtag erlassenes Gesetz in Kraft treten soll oder nicht. Ausgenommen sind Gesetze, die mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden sind. Das [Landesgesetz vom 17. Juli 2002, Nr. 10](#), wird für die bestätigende Volksabstimmung nicht angewandt.

(5) Volksbegehren: Bürgerinnen und Bürger arbeiten einen eigenen Gesetzentwurf aus und legen diesen dem Landtag vor. Dieser ist verpflichtet, sich mit dem Gesetzentwurf zu befassen. Er kann ihn unverändert oder abgeändert annehmen, ablehnen oder einen eigenen erarbeiten. Eine Volksabstimmung findet nicht statt.

(6) Der Bürgerrat ist ein moderiertes Teilnahmeverfahren, bei dem Bürgerinnen und Bürger ergebnisoffen über gemeinwohlrelevante Fragestellungen der Landes- und Gesellschaftsentwicklung beratschlagen. Der Bürgerrat ermöglicht es mit einer geeigneten Methode, gesellschaftliche Mitverantwortung zu übernehmen. Ziel eines Bürgerrates ist es, die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden.

(7) Das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung ist beim Südtiroler Landtag angesiedelt und hat die Aufgabe, die politische Bildung in der Bevölkerung zu stärken, Teilnehmungs- und Volksabstimmungsprozesse unterstützend zu begleiten und für eine ausgewogene Information über den Gegenstand von Volksabstimmungen zu sorgen.

II. ABSCHNITT

VOLKSABSTIMMUNGEN: ZUGANGSBEDINGUNGEN UND ABWICKLUNG

Art. 3 (Einleitungsantrag)

(1) Der Antrag auf Einleitung einer Volksabstimmung besteht aus einem in italienischer und/oder deutscher Sprache abgefassten Gesetzesvorschlag, gegliedert in Artikel, und einem Begleitbericht, der Zweck und Inhalt erläutert; sofern neue oder höhere Ausgaben zu Lasten des Landeshaushaltes vorgesehen sind, ist der Finanzierungsbedarf und der Weg zur Kostendeckung anzugeben.

(2) Der Antrag muss von wenigstens drei Personen, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, beim Präsidium des Landtages eingebracht werden. Dem Antrag sind die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter zum Zwecke der Vidimierung durch die Generalsekretärin/den Generalsekretär des Landtages oder eine von ihr/ihm beauftragte Person beizulegen.

(3) Die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter müssen den Text des Gesetzesvorschlages wiedergeben und fortlaufend nummeriert sein.

Art. 4 (Inhaltliche Schranken)

(1) Volksabstimmungen sind unzulässig in Bezug auf die Steuer- und Haushaltsgesetze, die Regelungen der finanziellen Zuwendungen an das Personal und die Organe des Landes sowie auf jene Sachbereiche und Normen, die den Schutz der Rechte der Sprachgruppen, ethnischer und sozialer Minderheiten garantieren.

(2) Die Mehrheit der Abgeordneten einer Sprachgruppe des Südtiroler Landtages kann in begründeter Form die Feststellung treffen, dass der zu Volksabstimmungen vorgelegte Vorschlag oder die einfache Veranlassung die Gleichheit und den Schutz der Rechte der Sprachgruppen oder einen ethnisch-kulturell sensiblen Bereich betrifft („Sprachgruppensensibilität“).

(3) Die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen („Richterkommission“) gemäß Artikel 6 entscheidet, ob diese Feststellung zulässig ist und begründet die Entscheidung. Ist die Zulässigkeit gegeben, dann ist für die Gültigkeit des Ergebnisses zusätzlich zur einfachen Mehrheit der Abstimmenden auch die Mehrheit in jenen Gemeinden notwendig, in denen die Sprachgruppe, die die „Sprachgruppensensibilität“ erhoben hatte, die Bevölkerungsmehrheit bildet.

Art. 5 (Fragestellung)

(1) Die Fragestellung muss in italienischer und deutscher Sprache verfasst werden, wobei neben der Angabe des Datums, der Nummer, des Titels und des Textes des Gesetzes oder dessen Teile, auf das oder auf die sich die Fragestellung bezieht, eine unmissverständliche und eindeutige Kurzformulierung der Fragestellung angeführt wird.

(2) Die inhaltliche Übereinstimmung der Kurzformulierung mit dem Gesamttext wird von der Richterkommission überprüft. Die Kurzformulierung hat keinen Rechtsstatus und kann nicht Grund einer Anfechtung sein.

Art. 6 (Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen)

(1) Innerhalb von 15 Tagen nach Einbringung des Antrages auf Einleitung einer Volksabstimmung wird die Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen (Richterkommission) einberufen, welche über die Zulässigkeit von Volksabstimmungen entscheidet, die beanstandeten Stimmen nochmals überprüft und das Ergebnis bekanntmacht. Die Kommission besteht aus:

- a) einer Richterin/einem Richter des Landesgerichtes Bozen,
- b) einer Richterin/einem Richter der Kontrollsektion des Rechnungshofes mit Sitz in Bozen,
- c) einer Richterin/einem Richter des Regionalen Verwaltungsgerichtes - Autonome Sektion für die Provinz Bozen.

(2) Die Mitglieder der Richterkommission werden von der Landesregierung nach Einvernehmen zwischen der Landesregierung, den Präsidentinnen/Präsidenten des Landesgerichtes Bozen, der Kontrollsektion des Rechnungshofes mit Sitz in Bozen und der Autonomen Sektion für die Provinz Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichtes ernannt, wobei je ein Mitglied und ein Ersatzmitglied von der Direktorin/vom Direktor der Landesabteilung Zentrale Dienste unter den drei von einem jeden der genannten Gerichtspräsidentinnen/Gerichtspräsidenten vorgeschlagenen Namen ausgelost werden. Sie bleiben für die Dauer einer Legislaturperiode im Amt.

(3) Die Aufgaben der schriftführenden Person der Richterkommission werden von der Direktorin oder vom Direktor der Landesabteilung Zentrale Dienste oder einer von ihr/ihm beauftragten Person wahrgenommen.

(4) Die Richterkommission wählt aus ihrer Mitte eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden, welche/r die Sitzungen einberuft und leitet, sowie eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n. Sie/er entscheidet bei Anwesenheit aller Mitglieder mit Stimmenmehrheit.

(5) Den Mitgliedern der Richterkommission stehen jene Vergütungen zu, die laut [Landesgesetz vom 19. März 1991, Nr. 6](#), in geltender Fassung, für Kommissionen von externer Relevanz vorgesehen sind.

Art. 7 (Überprüfung der Zulässigkeit)

(1) Die Richterkommission entscheidet innerhalb von 30 Tagen ab dem Datum der Einbringung des Antrages auf Einleitung einer Volksabstimmung über deren Zulässigkeit; hierbei äußert sie sich ausdrücklich und unter Angabe von Gründen zur Zuständigkeit des Landes für den Sachbereich, der Gegenstand der Volksabstimmung ist, zur Übereinstimmung des Antrages mit den Bestimmungen der Verfassung, des Sonderstatuts und den aus der gemeinschaftlichen Rechtsordnung und aus den internationalen Verpflichtungen erwachsenden Einschränkungen sowie zu den von diesem Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen und Grenzen. Die Antragstellenden können gemeinsam mit dem Antrag auf Einleitung einer Volksabstimmung eine Anhörung durch die Richterkommission verlangen, um ihre Rechtsausführungen über die Frage der Zulässigkeit in bündiger Form zu präzisieren. Die Anhörung ist nicht öffentlich.

(2) Die Landesabteilung Zentrale Dienste teilt den Antragstellenden die etwaigen von der Kommission im Rahmen der Prüfung gemäß Absatz 1 geäußerten Vorbehalte mit. Innerhalb von 10 Tagen können die Antragstellenden den Antrag auf Einleitung einer Volksabstimmung ergänzen oder neu formulieren; die Richterkommission entscheidet sodann über die Zulässigkeit derselben. Erklärt sie die Volksabstimmung für zulässig, kann mit der Unterschriftensammlung begonnen werden.

(3) Über den Ausgang der Entscheidung bezüglich der Zulässigkeit der Volksabstimmung unterrichtet die Landesabteilung Zentrale Dienste die Antragstellenden. Falls die Volksabstimmung für zulässig erklärt wird, wird darauf hingewiesen, dass die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter zur Vidimierung vorzulegen sind.

(4) Die vidimierten Blätter werden von der Landesabteilung Zentrale Dienste innerhalb 2 Arbeitstagen ab Entscheidung der Richterkommission in digitaler Form an die Antragstellenden und an die Gemeinden übermittelt.

Art. 8 (Sammlung und Hinterlegung der Unterschriften)

(1) Alle Instrumente der direkten Demokratie laut Artikel 2 Absätze 1 bis 4 („Volksabstimmungen“) können von 13.000 Unterschriften von Wählerinnen und Wählern, die in den Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, veranlasst werden. Die Wählerin oder der Wähler unterschreibt auf einem vidimierten Blatt, das die Erklärung enthält, dass ihr/ihm der Gesetzestext vorgelegt wurde; neben der Unterschrift werden der Vorname, Name, Geburtsort und -datum und die Gemeinde, in deren Wählerlisten sie/er eingetragen ist, angegeben. Die Unterschriftensammlung muss innerhalb von sechs Monaten, ab Erhalt der Mitteilung über die Zulässigkeit und Vidimierung der Unterschriftenbögen, erfolgen.

(2) Die Unterschrift der Wählerin/des Wählers wird beglaubigt:

- a) von der Notarin/vom Notar, von der Friedensrichterin/vom Friedensrichter, von den Angestellten der Kanzleien des Oberlandesgerichts und des Landesgerichts, von den Sekretärinnen/Sekretären der Staatsanwaltschaft;
- b)

- von der Landeshauptfrau/vom Landeshauptmann, von der Landtagspräsidentin/vom Landtagspräsidenten, von den Landesrätinnen/Landesräten, von den Landtagsabgeordneten, welche ihre diesbezügliche Bereitschaft der Landeshauptfrau/dem Landeshauptmann kundtun;
- c) von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister, von der Präsidentin/vom Präsidenten und Vizepräsidentin/en des Stadtviertelrates, von den Gemeindereferentinnen/Gemeindereferenten, von der Präsidentin/vom Präsidenten des Gemeinderates, von den Gemeinderätinnen und -räten, welche ihre diesbezügliche Bereitschaft der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister kundtun, und von der Gemeindesekretärin/vom Gemeindesekretär; die Zuständigkeit zur Beglaubigung durch die obgenannten Personen ist auf jene Gemeinde beschränkt, in deren Wählerlisten die Wählerin/der Wähler eingetragen ist;
 - d) von der Präsidentin/vom Präsidenten und von der Generalsekretärin/vom Generalsekretär der Bezirksgemeinschaft des Bezirks, zu welchem die Gemeinde gehört, in deren Wählerlisten die Wählerin/der Wähler eingetragen ist;
 - e) von den von der Landeshauptfrau/vom Landeshauptmann, von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister und von der Präsidentin/vom Präsidenten der Bezirksgemeinschaft beauftragten Beamtinnen und Beamten.

(3) Die Beglaubigung kann auch alle auf dem Blatt aufscheinenden Unterschriften bei Angabe der Anzahl der auf dem Blatt gesammelten Unterschriften umfassen.

(4) Die Gemeinden und Bezirksgemeinschaften sind verpflichtet, bei allen Ämtern, Dienststellen und Schaltern, die mit Beamtinnen und Beamten besetzt sind, die Unterschriftenbögen aufliegen zu lassen. Die Beamtinnen und Beamten werden von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister oder von der Präsidentin/vom Präsidenten der Bezirksgemeinschaft vorab mit der Beglaubigung der Unterschriften beauftragt.

(5) Ist die Mindestanzahl an erforderlichen Unterschriften erreicht worden, hinterlegen die Antragstellenden die entsprechenden Blätter bei der Landesabteilung Zentrale Dienste.

Art. 9 (Überprüfung der Durchführbarkeit)

(1) Die Landesabteilung Zentrale Dienste überprüft innerhalb von 10 Arbeitstagen ab Erhalt der Unterschriften:

- a) die Ordnungsmäßigkeit der gesammelten Unterschriften, zu denen auch jene der Antragstellenden gezählt werden;
- b) ob das Gesetz oder die einzelnen Gesetzesbestimmungen, auf die sich die Volksabstimmung bezieht, in der Zwischenzeit aufgehoben oder abgeändert worden sind.

(2) Falls die nötige Anzahl an gültigen Unterschriften nicht erreicht worden ist oder das der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetz oder einzelne der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetzesbestimmungen in der Zwischenzeit aufgehoben oder grundlegend abgeändert wurden, erklärt die Richterkommission die Volksabstimmung für nicht durchführbar.

(3) Falls das der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetz oder einzelne der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetzesbestimmungen in der Zwischenzeit teilweise aufgehoben oder nicht grundlegend abgeändert wurden, sind jene Bestimmungen, die in Kraft geblieben sind oder nur unwesentliche Änderungen erfahren haben, der Volksabstimmung zu unterziehen. Zu dem Zwecke ändert die Richterkommission im Einvernehmen mit den Promotorinnen und Promotoren die Fragestellung oder formuliert diese neu.

(4) Für das bestätigende Referendum gelten die Modalitäten gemäß Artikel 12.

(5) Nach Ende der Prüfung leitet die Richterkommission den Akt an das Präsidium des Landtages oder an die Landeshauptfrau/den Landeshauptmann weiter.

(6) Das Büro für politische Bildung und Beteiligung laut Artikel 25 ist bei der Erstellung der Fragestellung behilflich und bietet Rechtsberatung im Vorfeld an.

Art. 10 (Anberaumung der Volksabstimmung und Fristen)

(1) Nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung über die Durchführbarkeit der Volksabstimmung setzt die Landeshauptfrau/der Landeshauptmann den Termin für die Abhaltung der Volksabstimmung fest, der innerhalb der darauffolgenden Frühlingssession (15. März bis 15. Juni) oder Herbstsession (15. September bis 15.

Dezember) stattzufinden hat. Im entsprechenden Dekret ist auch die Fragestellung samt Kurzfassung in verständlicher Form, die den Wählerinnen und Wählern zur Entscheidung vorgelegt wird, angeführt.

(2) Falls im Sinne der vorliegenden Gesetzesvorschriften mehrere Volksabstimmungen für durchführbar erklärt wurden, so werden diese zeitgleich abgehalten, mit einem einzigen Urnengang an ein und demselben Tag. Die Abhaltung einer oder mehrerer Volksabstimmungen kann auf einen anderen Termin verschoben werden, falls im selben Jahr weitere Volksabstimmungen auf Staats- oder Regionalebene oder auf Landesebene gemäß [Landesgesetz vom 17. Juli 2002, Nr. 10](#), anberaumt sind, mit denen die Volksabstimmung bzw. die Volksabstimmungen zeitgleich abgehalten werden kann bzw. können.

(3) Das Dekret laut Absatz 1 wird im Amtsblatt der Region veröffentlicht. Die allgemeine Bekanntmachung des Dekrets erfolgt durch Plakate, die mindestens 30 Tage vor dem Termin für die Abhaltung der Abstimmung auf Veranlassung der Gemeinden angeschlagen werden.

(4) In den sechs Monaten vor Ablauf der Legislaturperiode des Landtages werden sämtliche Aktivitäten und Handlungen im Zusammenhang mit der Volksabstimmung ausgesetzt. Nach den Landtagswahlen gilt eine Pause von einem Monat, innerhalb dem keine Volksabstimmung veranlasst werden darf.

(5) Wenn vor dem Datum, an dem die Abhaltung der Volksabstimmung vorgesehen ist, das der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetz oder einzelne der Volksabstimmung zu unterziehende Gesetzesbestimmungen teilweise aufgehoben oder nicht substantiell abgeändert wurden, so wird die Volksabstimmung über die von der Richterkommission im Einvernehmen mit den Einbringenden angepasste oder neu formulierte Fragestellung abgehalten.

(6) Im Falle einer wesentlichen Änderung der Rechtslage oder der Umstände, die Anlass für den Antrag auf Einleitung einer Volksabstimmung waren, können die Antragstellenden innerhalb von fünf Tagen ab Veröffentlichung des Dekrets der Landeshauptfrau/des Landeshauptmannes, mit dem die Volksabstimmung anberaumt wird, bei der Landesabteilung Zentrale Dienste eine begründete Mitteilung hinterlegen, die Volksabstimmung als gegenstandslos zu betrachten. Diese Mitteilung sowie das Dekret der Landeshauptfrau/des Landeshauptmannes, mit dem die Volksabstimmung für gegenstandslos erklärt wird, werden im Amtsblatt der Region veröffentlicht.

Art. 11 (Gültigkeit der Abstimmung)

(1) Das Ergebnis von Volksabstimmungen, ausgenommen beratende Volksbefragungen, ist gültig, wenn am Wahlgang 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten teilgenommen haben. Beratende Volksbefragungen sind in jedem Fall gültig.

Art. 12 (Abwicklung des bestätigenden Referendums über Landesgesetze)

(1) Landesgesetze, die nicht mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden sind, können einer bestätigenden Volksabstimmung unterzogen werden. Der Antrag auf eine Volksabstimmung muss innerhalb 20 Tagen ab Verabschiedung im Landtag beim Präsidium des Landtages eingebracht werden. Über die Hinterlegung ist eine entsprechende Niederschrift zu erstellen. Der Antrag muss den Titel des Landesgesetzes und das Datum seiner Verabschiedung durch den Landtag tragen.

(2) Wird der Antrag auf Volksabstimmung von Wählerinnen und Wählern gestellt, so ist dieser von mindestens 300 Promotorinnen und Promotoren einzubringen. Im Antrag müssen Vorname, Name und Wohnsitz der einzelnen Promotorinnen und Promotoren sowie die Person angegeben werden, welcher die Verfahrensmitteilungen zugesandt werden sollen. Mit dem Antrag sind die Bescheinigungen über die Eintragung der Promotorinnen und Promotoren in den Wählerlisten einer Südtiroler Gemeinde vorzulegen.

(3) Das Präsidium des Landtages überprüft innerhalb von 2 Arbeitstagen die Gültigkeit der 300 Unterschriften. Falls diese gültig sind, wird der Antrag unverzüglich an die Richterkommission weitergeleitet, welche den Antrag innerhalb von weiteren 10 Tagen zu prüfen hat. Falls der Antrag gültig ist, wird dies unverzüglich der Landeshauptfrau/dem Landeshauptmann mitgeteilt, die/der das Dekret zur Aussetzung des Landesgesetzes unterzeichnet.

(4) Nachdem das Dekret der Landeshauptfrau/des Landeshauptmanns veröffentlicht ist, folgt die restliche Abwicklung gemäß den Bestimmungen laut Artikel 6 bis 10.

III. ABSCHNITT VOLKSBEGEHREN

Art. 13 (Voraussetzungen)

(1) Das Volksbegehren zu den Landesgesetzen wird von mindestens 8.000 Wählerinnen und Wählern, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, ausgeübt.

Art. 14 (Einleitungsantrag)

(1) Der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens besteht aus einem in italienischer und deutscher Sprache abgefassten Gesetzesvorschlag, gegliedert in Artikel, und einem Begleitbericht, der Zweck und Inhalt erläutert; sofern neue oder höhere Ausgaben zu Lasten des Landeshaushaltes vorgesehen sind, ist der Finanzierungsbedarf und der Weg zur Kostendeckung anzugeben.

(2) Der Antrag muss von wenigstens drei Personen, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, beim Präsidium des Landtages eingebracht werden. Dem Antrag sind die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter zum Zwecke der Vidimierung durch die Generalsekretärin/den Generalsekretär des Landtages oder eine von ihr/ihm beauftragte Person beizulegen.

(3) Die für die Sammlung der Unterschriften bestimmten Blätter müssen den Text des Gesetzesvorschlages wiedergeben und fortlaufend nummeriert sein.

Art. 15 (Sammlung und Hinterlegung der Unterschriften)

(1) Die Wählerin/Der Wähler unterschreibt unter dem Gesetzesvorschlag; neben der Unterschrift werden ihr/sein Vorname, Name, Geburtsort und -datum und die Gemeinde, in deren Wählerlisten er/sie eingetragen ist, angegeben.

(2) Die Unterschrift der Wählerin/des Wählers wird beglaubigt:

- a) von der Notarin/vom Notar, von der Friedensrichterin/vom Friedensrichter, von den Angestellten der Kanzleien des Oberlandesgerichts und des Landesgerichts, von den Sekretärinnen und Sekretären der Staatsanwaltschaft;
- b) von der Landeshauptfrau/vom Landeshauptmann, von der Landtagspräsidentin/vom Landtagspräsidenten, von den Landesrätinnen/Landesräten, von den Landtagsabgeordneten, welche ihre diesbezügliche Bereitschaft der Landeshauptfrau/dem Landeshauptmann kundtun;
- c) von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister, von der Präsidentin/vom Präsidenten und Vizepräsidentin/en des Stadtviertelrates, von den Gemeindereferentinnen/Gemeindereferenten, von der Präsidentin/vom Präsidenten des Gemeinderates, von den Gemeinderätinnen/Gemeinderäten, welche ihre diesbezügliche Bereitschaft der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister kundtun, und von der Gemeindesekretärin/vom Gemeindesekretär; die Zuständigkeit zur Beglaubigung durch die obgenannten Personen ist auf jene Gemeinde beschränkt, in deren Wählerlisten die Wählerin/der Wähler eingetragen ist;
- d) von der Präsidentin/vom Präsidenten und von der Generalsekretärin/vom Generalsekretär der Bezirksgemeinschaft des Bezirks, zu welchem die Gemeinde gehört, in deren Wählerlisten die Wählerin/der Wähler eingetragen ist;
- e) von den von der Landeshauptfrau/vom Landeshauptmann, von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister und von der Präsidentin/vom Präsidenten der Bezirksgemeinschaft beauftragten Beamtinnen und Beamten.

(3) Die Beglaubigung kann auch alle auf dem Blatt aufscheinenden Unterschriften bei Angabe der Anzahl der auf dem Blatt gesammelten Unterschriften umfassen.

(4) Ist die Mindestanzahl an erforderlichen Unterschriften erreicht worden, hinterlegen die Antragsteller die entsprechenden Blätter beim Präsidium des Landtages.

Art. 16 (Überprüfung der Zulässigkeit)

(1) Das Präsidium des Landtages überprüft und zählt die Unterschriften, um die Zulässigkeit des Volksbegehrens festzustellen.

(2) Das Volksbegehren wird für nicht zulässig erklärt, wenn

- a) die Unterschriften nicht innerhalb von vier Monaten ab Rückgabe der vidimierten Blätter hinterlegt werden,
- b) die nötige Mindestanzahl an Unterschriften nicht erreicht wurde.

(3) Wird festgestellt, dass das Volksbegehren zulässig ist, weist die Landtagspräsidentin/der Landtagspräsident den Gesetzesvorschlag dem nach Sachgebiet zuständigen Gesetzgebungsausschuss zu. Nach erfolgter Behandlung seitens des Gesetzgebungsausschusses oder jedenfalls nach Ablauf von sechs Monaten ab der Zuweisung, ohne dass der Ausschuss die Behandlung des Gesetzesvorschlages abgeschlossen hat, wird dieser als erster Punkt auf die Tagesordnung der darauffolgenden Landtagsitzung gesetzt. Der Landtag muss dann innerhalb von weiteren sechs Monaten die Behandlung des Gesetzesvorschlages abschließen.

(4) Im Falle einer wesentlichen Änderung der Rechtslage oder der Umstände, die Anlass für das Volksbegehren waren, können die Antragstellenden dasselbe durch eine begründete Mitteilung an das Präsidium des Landtages zurückziehen. Die Mitteilung über den Rückzug kann solange vorgelegt werden, bis der Landtag über den Übergang zur Artikeldebatte abgestimmt hat. Besagte Mitteilung wird im Amtsblatt der Region veröffentlicht.

IV. ABSCHNITT PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE – BETEILIGUNGSPROZESSE – BÜRGERRAT

Art. 17 (Bürgerrat - Ziele)

(1) Der Bürgerrat als Beteiligungsverfahren hat zum Ziel, die Kompetenzen und die Erfahrung von Bürgerinnen und Bürgern bei gemeinwohrelevanten Fragestellungen in den politischen Prozess einzubringen.

(2) Der Bürgerrat trifft keine Entscheidungen, sondern spricht Anregungen und Empfehlungen aus, die als Grundlage für weitere Diskussionen und der Entscheidungsfindungsvorbereitung dienen sollen.

Art. 18 (Instrument der Bürgerbeteiligung - Bürgerratsprozess)

(1) Der Bürgerratsprozess ist ein dreistufiger Prozess. Dazu gehören der Bürgerrat, die öffentliche Veranstaltung sowie die Weiterleitung an die Entscheidungsträger.

(2) Die Planung und Durchführung eines Bürgerrates erfolgt durch das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung. Moderiert wird das Verfahren von Moderatorinnen und Moderatoren. Die Prozessbegleitung und Moderation erfolgt nach dem Grundsatz der Objektivität und nimmt keinerlei Einfluss auf Inhalte.

(3) Nach der Vorstellung und Übermittlung der Ergebnisse an die Entscheidungsträger löst sich der Bürgerrat auf. Für neue Themen und Fragestellungen sind neue Bürgerräte einzuberufen.

Art. 19 (Formaler Prozessablauf - Der Bürgerrat)

(1) Der Bürgerrat, der die Angelegenheiten der Landesgesetzgebung oder der Landesverwaltung berührt, ist auf Antrag von 300 Bürgerinnen und Bürgern abzuhalten.

(2) Das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung führt eine Evidenz, in der Themenvorschläge von Bürgerinnen und Bürgern zur Abhaltung von Bürgerräten einzutragen sind.

(3) Für die Einberufung genügt eine allgemeine Umschreibung der zu beratenden Angelegenheit. Verwaltungsakte, die sich an bestimmte Personen richten, können nicht Gegenstand eines Bürgerrates sein.

(4) Das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung lädt bei Vorliegen der Voraussetzungen die teilnahmeberechtigten Personen zum Bürgerrat ein.

Art. 20 (Der Bürgerrat - Abhaltung)

(1) Der Bürgerrat setzt sich aus einer Gruppe von mindestens 12 Personen zusammen, die in die Meldeliste des Landes eingetragen sind und das 16. Lebensjahr angetreten haben. Die Auswahl dieser Personen erfolgt nach einem geschichteten Zufallsverfahren, nach Sprachgruppe, Geschlecht und Alter.

(2) Die Teilnahme am Bürgerrat ist freiwillig aber verbindlich. In einem begrenzten Zeitraum von 1,5 Tagen werden von der Gruppe einstimmig getragene Ideen, Anregungen und Empfehlungen zu einer Frage oder Problemstellung ausgearbeitet.

(3) Als Ergebnis verfasst der Bürgerrat eine einstimmige, gemeinsam verfasste Erklärung.

Art. 21 (Öffentliche Veranstaltung)

(1) Innerhalb von drei Wochen nachdem der Bürgerrat getagt hat, organisiert das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung eine öffentliche Veranstaltung, bei der die Ergebnisse des Bürgerrates präsentiert und erörtert werden.

(2) Die Veranstaltung wird in geeigneter Weise öffentlich angekündigt.

(3) Der Verlauf und das Ergebnis der Veranstaltung werden vom Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung in einem Bericht zusammengefasst.

Art. 22 (Bürgerratsbericht)

(1) Die Berichte über den Bürgerrat und über die Präsentationsveranstaltung zusammen bilden den Bürgerratsbericht.

Art. 23 (Weiterleitung an die Entscheidungsträger, Veröffentlichung)

(1) Das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung übermittelt den Bürgerratsbericht an das Präsidium des Südtiroler Landtages. Das Präsidium leitet den Bericht, je nach Zuständigkeit, der Landesregierung oder dem Landtag weiter.

(2) Das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung übermittelt den Bürgerratsbericht an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerrates und veröffentlicht ihn im Internet auf der Webseite des Landtages.

(3) Beinhaltet der Bürgerratsbericht konkrete Anregungen zur Landesgesetzgebung oder zur Landesverwaltung, werden diese vom Präsidium des Landtages bzw. von der Landesregierung innerhalb von 60 Tagen behandelt.

Über das Ergebnis der Behandlung werden die Initiatorinnen und Initiatoren des Bürgerrates, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerrates und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise informiert.

V. ABSCHNITT INFORMATION, TRANSPARENZ, POLITISCHE BILDUNG

Art. 24 (Büro für Politische Bildung und Bürgerbeteiligung)

(1) Im Landtag wird das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung eingerichtet.

(2) Die Aufgaben des Büros für politische Bildung und Beteiligung sind folgendermaßen definiert:

- a) Stärkung der politischen Bildung in der Bevölkerung,
- b) Vermittlung von Bürgerkunde,
- c) Information über den Gegenstand der Volksabstimmungen,
- d) Organisation der Bürgerräte,
- e) gezielte Öffentlichkeitsarbeit bei Brennpunktthemen,
- f) Impulsgeben für Weiterbildung, Trainings und Coachings im Bereich politische Bildung, Partizipation, direkte Demokratie,
- g) überregionale Vernetzung.

(3) Das Büro arbeitet in Kooperation mit bestehenden Ämtern, Institutionen und Vereinen, die sich mit politischer Bildung befassen.

(4) Das Büro arbeitet unabhängig und inhaltlich frei. Es darf keine politische Einflussnahme jedweder Art erfolgen. Der Tätigkeitsplan wird dem Präsidium des Landtags vorgelegt und von diesem geprüft und genehmigt. Das Rahmenbudget für den Tätigkeitsplan wird im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat gemäß Absatz 5 jährlich festgelegt. Das Büro erstattet dem Landtag jährlich Bericht über die Tätigkeit.

(5) Das Büro wird von einem Verwaltungsrat überwacht und von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet. Der Verwaltungsrat garantiert die Meinungsvielfalt und verhindert eine einseitige Ausrichtung. Er besteht aus je einem Mitglied aller Landtagsfraktionen und wird vom Landtag zu Beginn der Legislaturperiode auf Vorschlag der Fraktionen gewählt. Die/Der Vorsitzende wird aus den Reihen der Mitglieder ernannt. Der wissenschaftliche Beirat besteht aus je zwei Fachleuten aus den Bereichen politische Bildung, Pädagogik, Kommunikation und Rechtswissenschaft. Sie werden zu Beginn der Legislaturperiode vom Landtag, auf Vorschlag der politischen Mehrheit und der politischen Minderheit zu gleichen Anteilen, gewählt. Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats können maximal einmal wieder bestätigt werden.

(6) Die Personalausstattung und -aufnahme des Büros für politische Bildung und Bürgerbeteiligung wird mit Beschluss des Präsidiums des Landtages festgelegt.

Art. 25 (Information)

(1) Es gilt das Recht aller Bürgerinnen und Bürger, vom Landtag über den Gegenstand von Volksabstimmungen informiert zu werden. Die Information des Landtags an die Bevölkerung muss klar, verständlich, sachlich, überparteilich, vollständig, einfach lesbar und zielgruppenorientiert gestaltet sein.

(2) Für die Information des Landtages ist das Büro für politische Bildung und Beteiligung zuständig.

(3) Informationsschriften und Veranstaltungen werden vom Land Südtirol grundsätzlich nur dann finanziert, wenn die befürwortende und die entgegennende Seite gleichermaßen zu Wort kommen.

(4) Vor jeder Abstimmung muss es Informationsveranstaltungen geben, wo beide Seiten gleichermaßen zu Wort kommen. Sie können vom Land Südtirol im Rahmen der politischen Bildung gefördert werden. Die Landesregierung erlässt hierzu die Kriterien. Auch Veranstaltungen, die vor der Formulierung der Fragestellung zur partizipativen Erarbeitung derselben organisiert werden, können im Rahmen der politischen Bildung gefördert werden.

(5) Das Büro für politische Bildung und Beteiligung überwacht das Geschehen und agiert selbst als Veranstalter, wenn es feststellt, dass keine oder nicht genügend Informationsveranstaltungen abgehalten werden.

(6) Als Informationskanäle gelten alle Kommunikationsmittel, auch soziale Medien.

Art. 26 (Schriftliche Information für alle Haushalte)

(1) Vor Volksabstimmungen wird eine schriftliche Information in allen Landessprachen an alle Haushalte verschickt und auf die gängigen Informationskanäle gestellt. Sie muss die Grundsätze laut Artikel 25 einhalten und bei den Haushalten spätestens 10 Tage vor dem Wahltermin einlangen.

(2) Das Redaktionsteam wird vom Büro für politische Bildung und Beteiligung aus Vertretungen der befürwortenden und gleichermaßen der entgegennenden Position zusammengesetzt.

(3) Die Redaktion erfolgt gemeinsam und im Konsens über die Inhalte. Falls zusätzliche Meinungen und Kommentare aufgenommen werden, dann müssen diese ebenfalls beide Positionen gleichermaßen berücksichtigen.

(4) Alle im Landtag vertretenen Parteien können zu gleichen Teilen in der schriftlichen Information für alle Haushalte Wahlempfehlungen abgeben.

Art. 27 (Transparenz)

(1) All jene, die für die Volksabstimmung direkt oder indirekt Gelder ausgegeben haben, müssen die Meldung darüber samt Rechnungslegung innerhalb 60 Tagen nach der Abstimmung beim Präsidium des Landtages einreichen, welches diese Meldung an die Prüfstelle weiterleitet.

(2) Die Höhe und Herkunft der Ausgaben für Werbung werden auf der Website des Landtages veröffentlicht.

(3) Bürgerinnen und Bürger können dem Präsidium ebenfalls Meldungen über von Dritten getätigte Werbeausgaben machen und das Belegmaterial abliefern. Diese Angaben werden vom Präsidium überprüft und gegebenenfalls auf der Website des Landtags mit der Angabe „Nicht gemeldete Werbeausgaben“ veröffentlicht.

Art. 28 (Mediengleichbehandlung)

(1) Gemäß Gesetz vom 22. Februar 2000, Nr. 28, gelten ab 48 Stunden vor der Abstimmung das Verbot der politischen, medialen und öffentlichen Einmischung, ebenso wie sämtliche Bestimmungen der Par Condicio.

(2) Medien müssen allen Parteien gleiche Bedingungen und Preise für Werbeschaltungen bieten.

(3) Die Chancengleichheit in der Bewerbung wird vom Landesbeirat für das Kommunikationswesen überprüft. Die Präsidentin/Der Präsident des Landesbeirats für das Kommunikationswesen fungiert als Garantie- und Aufsichtsinstanz zur Wahrung der Chancengleichheit.

(4) Der Landesbeirat für das Kommunikationswesen beobachtet und evaluiert die Situation im Vorfeld von Volksabstimmungen. Er kann außerdem, auf eigene Initiative oder auf Antrag der Landesregierung oder des Landtages, Studien, Monitorings und Analysen erstellen.

VI. ABSCHNITT AUFHEBUNG UND FINANZBESTIMMUNGEN

Art. 29 (Aufhebungen und periodische Revision)

(1) Das [Landesgesetz vom 18. November 2005, Nr. 11](#), ist aufgehoben.

(2) Der zuständige Gesetzgebungsausschuss ist verpflichtet, wenigstens einmal in jeder Legislaturperiode das gegenständliche Gesetz, falls nötig, den aktuellen Gegebenheiten und Erfordernissen anzupassen.

Art. 30 (Speserückvergütung)

(1) Den Antragstellenden von Volksbegehren und Volksabstimmungen steht auf Antrag eine Speserückvergütung zu und zwar in der Höhe von 1 Euro für jede gültige Unterschrift bis zum Erreichen der erforderlichen Mindestanzahl. Voraussetzung dafür ist, dass der zuständige Gesetzgebungsausschuss des Landtages die Zuständigkeit des Landes für den Gegenstand des Volksbegehrens feststellt bzw. die Richterkommission die Zulässigkeit erklärt.

(2) Der entsprechende Antrag ist je nach Zuständigkeit beim Präsidium des Landtages oder bei der Landesabteilung Zentrale Dienste der Landesverwaltung einzubringen. Darin ist der Name der Person anzugeben, die dazu ermächtigt ist, den gesamten Betrag mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen.

Art. 31 (Finanzbestimmung)

(1) Die aus diesem Gesetz hervorgehenden Lasten, die sich für jedes der Jahre 2019 und 2020 auf 1.500.000,00 Euro belaufen, werden durch entsprechende Reduzierung der Bereitstellung für laufende Ausgaben des „Sammelfonds zur Deckung von Auslagen, die mit neuen Gesetzgebungsmaßnahmen verbunden sind“ gedeckt, eingeschrieben im Rahmen des Programms 03 des Aufgabenbereichs 20 des Haushaltsvoranschlags 2018-2020.

Dieses Gesetz ist im Amtsblatt der Region kundzumachen. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

k) Legge provinciale 3 dicembre 2018, n. 22 ¹⁾

Democrazia diretta, partecipazione e formazione politica

1)Pubblicato nel supplemento 4 del B.U. 6 dicembre 2018, n. 49.

CAPO I FINALITÀ E DEFINIZIONE

Art. 1 (Finalità)

(1) La democrazia diretta e quella partecipativa sono, insieme alla democrazia rappresentativa, espressione della volontà dei cittadini e vengono riconosciute come parte della vita democratica dell'Alto Adige. La presente legge mira ad ampliare, rafforzare e rendere accessibili le possibilità e le forme di espressione delle decisioni democratiche.

Art. 2 (Definizioni)

(1) Referendum consultivo: il referendum consultivo può essere richiesto su proposte legislative di competenza del Consiglio o della Giunta provinciali. Al voto possono partecipare tutte le persone che abbiano compiuto il sedicesimo anno di età entro il giorno dell'elezione. L'esito del voto non è vincolante.

(2) Referendum abrogativo - iniziativa popolare: il referendum abrogativo dà la possibilità alle cittadine e ai cittadini di abrogare una legge vigente. L'esito del referendum è vincolante per le istituzioni politiche.

(3) Referendum propositivo - iniziativa popolare: il referendum propositivo dà la possibilità alle cittadine e ai cittadini di votare una legge che loro stessi hanno elaborato. L'esito del referendum è vincolante per le istituzioni politiche.

(4) Referendum confermativo: con un referendum confermativo le cittadine e i cittadini decidono se una legge varata dal Consiglio provinciale deve entrare in vigore o meno. Sono escluse le leggi approvate a maggioranza di due terzi. La [legge provinciale 17 luglio 2002, n. 10](#), non si applica al referendum confermativo.

(5) Iniziativa popolare: le cittadine e i cittadini elaborano un disegno di legge che presentano al Consiglio provinciale. Questo è tenuto a esaminarlo. Esso può approvarlo invariato o con modifiche, respingerlo o elaborarne uno proprio. Non è possibile indire un referendum.

(6) Il Consiglio delle cittadine e dei cittadini è un processo di partecipazione gestito da una moderatrice/un moderatore nel corso del quale le/i partecipanti discutono di questioni di interesse comune riguardanti lo sviluppo del territorio e della società. Il Consiglio delle cittadine e dei cittadini permette alle persone di partecipare, con un metodo adeguato, alle decisioni di rilevanza per la società. L'obiettivo è coinvolgere le cittadine e i cittadini nel processo decisionale.

(7) L'ufficio per la partecipazione e la formazione politica è insediato presso il Consiglio provinciale e ha il compito di rafforzare la formazione politica della popolazione, accompagnare e sostenere i processi partecipativi e referendari, e garantire un'informazione equilibrata sull'oggetto del referendum.

CAPO II REFERENDUM: REQUISITI DI ACCESSO E SVOLGIMENTO

Art. 3 (Richiesta di referendum)

(1) La richiesta di referendum contiene il testo di una proposta legislativa, redatta in italiano e/o tedesco, divisa per articoli, una relazione illustrativa sulle finalità e il contenuto e, qualora siano previste nuove o maggiori spese a carico del bilancio della Provincia, l'indicazione del relativo onere finanziario e i modi per farvi fronte.

(2) La richiesta va presentata all'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale da almeno tre promotori/promotori iscritte/i nelle liste elettorali di un Comune della provincia, che abbiano diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale, unitamente ai fogli per la raccolta delle firme ai fini della vidimazione da parte della segretaria/del segretario generale del Consiglio provinciale o persona da lei/lui delegata.

(3) I fogli destinati alla raccolta delle firme devono contenere il testo della proposta legislativa e devono essere numerati progressivamente.

Art. 4 (Limiti sui contenuti)

(1) I referendum non sono ammissibili se riguardano le leggi tributarie e di bilancio, la disciplina degli emolumenti spettanti al personale e agli organi della Provincia così come gli argomenti e le norme che garantiscono i diritti dei gruppi linguistici, delle minoranze etniche e sociali.

(2) La maggioranza delle/dei componenti del Consiglio provinciale appartenenti a un gruppo linguistico può dichiarare, in forma motivata, che la proposta di legge per il referendum o una semplice proposta riguarda la parità e la tutela dei gruppi linguistici oppure è considerata sensibile sotto il profilo etnico-culturale ("sensibilità per un gruppo linguistico").

(3) In questo caso la commissione competente per lo svolgimento dei referendum ("Commissione dei giudici") ai sensi dell'articolo 6, decide se la dichiarazione è ammissibile, motivando la sua decisione. Affinché l'esito sia valido è necessaria, oltre alla maggioranza semplice delle/dei votanti, anche la maggioranza nei Comuni in cui il gruppo linguistico, che ha sollevato la questione della "sensibilità", rappresenta la maggioranza della popolazione.

Art. 5 (Quesito)

(1) Il quesito deve essere formulato in italiano e tedesco; oltre all'indicazione di data, numero, titolo e testo della legge o della parte cui si riferisce, deve essere riportata una formulazione breve che sia chiara e inequivocabile.

(2) La Commissione dei giudici verifica la corrispondenza tra formulazione breve del quesito e del testo completo. La formulazione breve non ha alcuno status giuridico e non può essere oggetto di impugnazione.

Art. 6 (Commissione per i procedimenti referendari)

(1) Entro 15 giorni dalla presentazione della richiesta di referendum è istituita la Commissione per i procedimenti referendari (Commissione dei giudici), la quale delibera sull'ammissibilità dei referendum, riesamina i voti contestati e proclama il risultato. La commissione è composta da:

- a) una magistrata/un magistrato del Tribunale di Bolzano;
- b) una magistrata/un magistrato della sezione regionale di controllo della Corte dei conti;
- c) una magistrata/un magistrato del Tribunale amministrativo regionale - sezione autonoma per la provincia di Bolzano.

(2) I componenti della Commissione dei giudici sono nominati dalla Giunta provinciale d'intesa con le/i presidenti del Tribunale di Bolzano, della sezione regionale di controllo della Corte dei conti e della sezione autonoma del Tribunale amministrativo regionale; la direttrice/il direttore della ripartizione provinciale Servizi centrali estrae a sorte dalle terne di nominativi proposti da ciascuno dei sopracitati presidenti di Tribunale una/un componente e una/un componente supplente per ogni foro. La Commissione resta in carica per la durata di una legislatura.

(3) Le funzioni di segretaria/segretario della Commissione dei giudici sono svolte dalla direttrice/dal direttore della ripartizione provinciale Servizi centrali, o da persona da essa/esso incaricata.

(4) La Commissione dei giudici elegge fra le proprie/i propri componenti una/un presidente che convoca le sedute e le presiede, e una/un vicepresidente. La Commissione decide a maggioranza in presenza di tutti le/i componenti.

(5) Alle/ai componenti della Commissione dei giudici spettano i compensi previsti dalla [legge provinciale 19 marzo 1991, n. 6](#), e successive modifiche, per le commissioni a rilevanza esterna.

Art. 7 (Verifica dell'ammissibilità)

(1) Entro 30 giorni dalla data di presentazione della richiesta di referendum, la Commissione dei giudici decide sulla sua ammissibilità; al riguardo essa si esprime esplicitamente e motivatamente sulla competenza provinciale sulla materia oggetto del referendum, sulla conformità della richiesta alle disposizioni della Costituzione, dello Statuto speciale e alle limitazioni risultanti dall'ordinamento giuridico comunitario e dagli obblighi internazionali, nonché ai requisiti e ai limiti previsti dalla presente legge. Congiuntamente alla richiesta di referendum, le/i proponenti possono richiedere un'audizione della Commissione dei giudici per precisare in forma concisa le proprie argomentazioni giuridiche sulla questione dell'ammissibilità. L'audizione non è pubblica.

(2) La ripartizione provinciale Servizi centrali comunica alle/ai proponenti le eventuali riserve espresse dalla Commissione dei giudici nell'ambito della verifica ai sensi del comma 1. Entro 10 giorni le/i proponenti possono integrare o riformulare la richiesta di referendum; in seguito la Commissione dei giudici è chiamata a deciderne l'ammissibilità. Se il referendum è dichiarato ammissibile, si può procedere alla raccolta delle firme.

(3) La ripartizione provinciale Servizi centrali informa le/i proponenti sulla decisione riguardo all'ammissibilità del referendum. Se il referendum è dichiarato ammissibile, si comunica che i fogli per la raccolta delle firme devono essere presentati per la vidimazione.

(4) Entro due giorni lavorativi dalla decisione della Commissione dei giudici, la ripartizione provinciale servizi centrali invia in forma digitale i fogli vidimati alle/ai proponenti e ai Comuni.

Art. 8 (Raccolta e presentazione delle firme)

(1) Tutti gli strumenti di democrazia diretta ai sensi dell'articolo 2, commi da 1 a 4 ("referendum"), possono essere avviati con 13.000 firme di cittadine/cittadini iscritte/i nelle liste elettorali di un Comune della provincia di Bolzano e che abbiano il diritto di voto per l'elezione del Consiglio provinciale. L'elettrice/elettore appone in calce al testo proposto contenente la dichiarazione che le/gli è stata esibita la proposta di legge, la propria firma e accanto alla stessa indica per esteso nome, cognome, luogo e data di nascita e il Comune nelle cui liste elettorali è iscritta/o. La raccolta delle firme deve essere effettuata entro sei mesi dal ricevimento della decisione di ammissione del referendum e la vidimazione dei moduli.

(2) La firma dell'elettrice/elettore è autenticata:

- a) da una notaia/un notaio, dalla/dal giudice di pace, dalle/dai dipendenti delle cancellerie della Corte d'appello e del Tribunale nonché dalle segretarie/dai segretari della Procura della Repubblica;
- b) dalla/dal presidente della Provincia, dalla/dal presidente del Consiglio provinciale, dalle assessore/dagli assessori provinciali, dalle consigliere/dai consiglieri provinciali che abbiano comunicato la propria disponibilità alla/al presidente della Provincia;
- c) dalla sindaca/dal sindaco, dalla/dal presidente o vicepresidente del consiglio di quartiere, dalle assessore/dagli assessori comunali, dalla/dal presidente del Consiglio comunale, dalle consigliere/dai consiglieri comunali che abbiano comunicato la propria disponibilità alla sindaca/al sindaco, dalla segretaria/dal segretario comunale; le suddette persone possono autenticare le firme solo nel Comune nelle cui liste elettorali è iscritta/iscritto l'elettrice/elettore;
- d) dalla/dal presidente ovvero dalla segretaria/dal segretario generale della comunità comprensoriale della circoscrizione a cui appartiene il Comune nelle cui liste elettorali è iscritta/iscritto l'elettrice/elettore;
- e) dalle funzionarie/dai funzionari incaricati dalla/dal presidente della Provincia, dalla sindaca/dal sindaco e dalla/dal presidente della comunità comprensoriale.

(3) L'autenticazione può essere cumulativa per tutte le firme contenute in ciascun foglio, con indicazione del numero di firme contenute nel foglio.

(4) I Comuni e le comunità comprensoriali sono obbligati a tenere a disposizione i fogli per le firme in tutti gli uffici, servizi e sportelli provvisti di funzionari. Le funzionarie/i funzionari sono incaricate/i dalla sindaca/dal sindaco o dalla/dal presidente della comunità comprensoriale di autenticare le firme.

(5) Raggiunto il numero minimo di firme necessarie, i promotori depositano i relativi fogli presso la ripartizione provinciale Servizi centrali.

Art. 9 (Esame di procedibilità)

(1) Entro 10 giorni lavorativi dalla consegna delle firme la ripartizione provinciale Servizi centrali verifica:

- a) la regolarità delle firme raccolte, conteggiando anche le firme delle promotrici/dei promotori;
- b) se la legge o le singole disposizioni di legge oggetto del referendum siano state nel frattempo abrogate o modificate.

(2) Nel caso in cui non sia stato raggiunto il numero minimo di firme valide necessarie o la legge o singole disposizioni di legge da sottoporre a referendum siano state nel frattempo abrogate o modificate nei loro contenuti essenziali, la Commissione dei giudici dichiara l'improcedibilità del referendum.

(3) Nel caso in cui la legge o singole disposizioni di legge da sottoporre a referendum siano state nel frattempo abrogate parzialmente o modificate in parti non essenziali, sono sottoposte a referendum le disposizioni che sono rimaste in vigore o hanno subito modifiche solo marginali. In tal caso la Commissione adegua o riformula il quesito d'intesa con le promotrici e i promotori.

(4) Al referendum confermativo si applicano le modalità previste dall'articolo 12.

(5) Conclusa la verifica, la Commissione dei giudici inoltra gli atti all'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale o alla/al presidente della Provincia.

(6) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione fornisce assistenza e consulenza giuridica nella stesura del quesito e durante i lavori preparatori ai sensi dell'articolo 25.

Art. 10 (Indizione del referendum e scadenze)

(1) Ricevuta la comunicazione relativa alla decisione sulla procedibilità del referendum, la/il presidente della Provincia fissa la data del referendum durante la successiva sessione primaverile (15 marzo - 15 giugno) o autunnale (15 settembre - 15 dicembre). Nel relativo decreto è riportato anche il quesito con la formulazione breve in forma comprensibile che verrà sottoposto alle elettrici/agli elettori.

(2) Se conformemente alle presenti disposizioni è stata dichiarata l'ammissibilità di più referendum, essi si svolgono contemporaneamente, in una sola votazione e nello stesso giorno. Lo svolgimento di uno o più di essi può essere rinviato a data diversa, se nello stesso anno sono già stabiliti ulteriori referendum a livello nazionale, regionale o provinciale ai sensi della [legge provinciale 17 luglio 2002, n. 10](#), contemporaneamente ai quali possano svolgersi detto o detti referendum.

(3) Il decreto di cui al comma 1 è pubblicato sul Bollettino Ufficiale della Regione. Esso è reso noto anche con manifesti, da affiggere per disposizione dei Comuni almeno 30 giorni prima della data del referendum stesso.

(4) Ogni attività e operazione relativa allo svolgimento del referendum è sospesa nei sei mesi che precedono la fine della legislatura del Consiglio provinciale. Nel mese successivo all'elezione del nuovo Consiglio provinciale non si possono indire referendum.

(5) Se prima della data prevista per lo svolgimento del referendum è intervenuta l'abrogazione parziale o una modifica non sostanziale della legge o delle disposizioni di legge da sottoporre a referendum, esso si svolge sul quesito adeguato o riformulato dalla Commissione dei giudici d'intesa con le promotrici/i promotori .

(6) In caso di modifica sostanziale della situazione giuridica o delle circostanze per cui si è deciso di presentare detto referendum, le promotrici/i promotori possono presentare alla ripartizione provinciale Servizi centrali, entro cinque giorni dalla pubblicazione del decreto della/del presidente della Provincia che fissa la data del

referendum, una comunicazione motivata con cui si chiede di considerare decaduto il referendum stesso. Tale comunicazione viene pubblicata sul Bollettino ufficiale della Regione congiuntamente al decreto della/del presidente della Provincia che dichiara decaduto il referendum.

Art. 11 (Validità del referendum)

(1) L'esito dei referendum, escluso il referendum consultivo, è valido se al voto ha partecipato almeno il 25 per cento degli aventi diritto. I referendum consultivi sono validi in ogni caso.

Art. 12 (Svolgimento del referendum confermativo su leggi provinciali)

(1) Le leggi provinciali che non sono state approvate a maggioranza di due terzi possono essere sottoposte a un referendum confermativo. La richiesta di referendum va presentata all'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale entro 20 giorni dall'approvazione della legge in Consiglio. La presentazione va protocollata. La richiesta deve recare il titolo della legge provinciale e la data della sua approvazione in Consiglio provinciale.

(2) Se la richiesta viene fatta dagli elettori/dalle elettrici, deve essere presentata da almeno 300 promotrici/promotori. Nella richiesta devono essere riportati nome, cognome e residenza dei singoli promotori/delle singole promotrici; inoltre va indicata la persona alla quale inviare le comunicazioni previste dal procedimento. Congiuntamente alla richiesta è necessario presentare il certificato comprovante l'iscrizione delle promotrici/dei promotori nelle liste elettorali di un comune dell'Alto Adige.

(3) L'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale verifica entro due giorni lavorativi la validità delle 300 firme. Se sono valide, la richiesta viene inoltrata immediatamente alla Commissione dei giudici, che deve procedere alla verifica entro ulteriori 10 giorni. Se è accertata la validità della richiesta, viene fatta immediatamente comunicazione alla/al presidente della Provincia, che sottoscrive il decreto per la sospensione della legge provinciale.

(4) Successivamente alla pubblicazione del decreto della/del presidente della Provincia il procedimento prosegue ai sensi delle disposizioni degli articoli da 6 a 10.

CAPO III INIZIATIVA POPOLARE

Art. 13 (Presupposti)

(1) L'iniziativa popolare relativamente alle leggi provinciali è esercitata da almeno 8.000 elettrici/elettori iscritte/iscritti nelle liste elettorali di un Comune della provincia, che hanno diritto al voto per l'elezione del Consiglio provinciale.

Art. 14 (Richiesta di iniziativa popolare)

(1) La richiesta di avvio di un'iniziativa popolare contiene il testo del progetto di legge, redatto in italiano e tedesco, diviso per articoli, una relazione illustrativa sulle finalità e il contenuto e, qualora siano previste nuove o maggiori spese a carico del bilancio della Provincia, l'indicazione del relativo onere finanziario e i modi per farvi fronte.

(2) La richiesta è presentata all'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale da almeno tre promotrici/promotori iscritte/iscritti nelle liste elettorali di un Comune della provincia, che abbiano diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale, unitamente ai fogli per la raccolta delle firme per la validazione da parte della segretaria/del segretario generale del Consiglio provinciale o persona da lei/lui delegata.

(3) I fogli destinati alla raccolta delle firme devono contenere il testo del progetto di legge e devono essere numerati progressivamente.

Art. 15 (Raccolta e presentazione delle firme)

(1) L'elettrice/elettore appone in calce al progetto di legge la propria firma e accanto alla stessa sono indicati per esteso nome, cognome, luogo e data di nascita e il Comune nelle cui liste elettorali è iscritta/iscritto.

(2) La firma dell'elettrice/elettore è autenticata:

- a) da una notaia/un notaio, dalla/dal giudice di pace, dalle/dai dipendenti delle cancellerie della Corte d'Appello e del Tribunale nonché dalle segretarie/dai segretari della Procura della Repubblica;
- b) dalla/dal presidente della Provincia, dalla/dal presidente del Consiglio provinciale, dalle assessore/dagli assessori provinciali, dalle/dai componenti del Consiglio provinciale che abbiano comunicato la propria disponibilità alla/al presidente della Provincia;
- c) dalla sindaca/dal sindaco, dalla/dal presidente e dalla/dal vicepresidente del consiglio di quartiere, dalle assessore/dagli assessori comunali, dalla/dal presidente del Consiglio comunale, dalle consigliere/dai consiglieri comunali che abbiano comunicato la propria disponibilità alla sindaca/al sindaco, dalla segretaria/dal segretario comunale; le suddette persone possono autenticare le firme solo nel Comune nelle cui liste elettorali è iscritta/iscritto l'elettrice/elettore;
- d) dalla/dal presidente o dalla segretaria/dal segretario generale della comunità comprensoriale della circoscrizione a cui appartiene il Comune nelle cui liste elettorali è iscritta/iscritto l'elettrice/elettore;
- e) dalle funzionarie/dai funzionari incaricate/incaricati dalla/dal presidente della Provincia, dalla sindaca/dal sindaco e dalla/dal presidente della comunità comprensoriale.

(3) L'autenticazione può essere cumulativa per tutte le firme contenute in ciascun foglio, con indicazione del numero di firme contenute nel foglio.

(4) Raggiunto il numero minimo di firme necessarie, le promotrici/i promotori depositano i relativi fogli presso l'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale.

Art. 16 (Verifica di ammissibilità)

(1) L'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale verifica e conteggia le firme al fine di accertare l'ammissibilità della proposta di iniziativa popolare.

(2) L'iniziativa popolare è dichiarata inammissibile, se

- a) le firme non sono state depositate entro quattro mesi dalla data di restituzione dei fogli vidimati;
- b) il numero minimo di firme necessarie non è stato raggiunto.

(3) Se l'iniziativa popolare è risultata ammissibile, la/il presidente del Consiglio provinciale assegna il progetto di legge alla commissione legislativa competente per materia. In seguito alla trattazione da parte della commissione legislativa o trascorsi sei mesi dall'assegnazione senza che la commissione legislativa abbia concluso la trattazione del progetto di legge, lo stesso è iscritto al primo punto dell'ordine del giorno della seduta successiva del Consiglio provinciale. Il Consiglio provinciale deve concluderne la trattazione entro i successivi sei mesi.

(4) In caso di modifica sostanziale della situazione giuridica o delle circostanze che hanno determinato l'iniziativa popolare, le promotrici/i promotori possono ritirarla presentando all'Ufficio di presidenza una comunicazione motivata. La suddetta comunicazione deve essere presentata prima che il Consiglio provinciale abbia votato il passaggio alla discussione articolata. La presente comunicazione viene pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione.

CAPO IV

DEMOCRAZIA PARTECIPATIVA – PROCESSI PARTECIPATIVI – CONSIGLIO DELLE CITTADINE E DEI CITTADINI

Art. 17 (Consiglio delle cittadine e dei cittadini - finalità)

(1) Il Consiglio delle cittadine e dei cittadini quale processo partecipativo ha come obiettivo di coinvolgere nel processo politico la popolazione e le sue competenze e conoscenze su questioni che riguardano la collettività.

(2) Il Consiglio delle cittadine e dei cittadini non prende decisioni ma esprime suggerimenti e raccomandazioni che potranno essere utilizzati come base per ulteriori discussioni e come preparazione al processo decisionale.

Art. 18 (Strumento di partecipazione della cittadinanza - svolgimento del Consiglio delle cittadine e dei cittadini)

(1) Lo svolgimento del Consiglio delle cittadine e dei cittadini si articola in tre fasi: il Consiglio delle cittadine e dei cittadini, l'evento pubblico e l'inoltro dei risultati ai responsabili delle decisioni.

(2) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione si occupa della pianificazione e dello svolgimento del Consiglio delle cittadine e dei cittadini. L'intero processo è gestito da moderatrici e moderatori. L'accompagnamento del processo e la moderazione avvengono secondo il principio dell'obiettività e non influiscono in alcun modo sui contenuti.

(3) Dopo che i risultati sono stati presentati e trasmessi ai responsabili delle decisioni, il Consiglio delle cittadine e dei cittadini si scioglie. Per trattare nuove tematiche e quesiti è necessario convocare nuovi Consigli delle cittadine e dei cittadini.

Art. 19 (Procedura formale - Il Consiglio delle cittadine e dei cittadini)

(1) Il Consiglio delle cittadine e dei cittadini dedicato a questioni riguardanti la legislazione o l'amministrazione provinciale si tiene su richiesta di 300 cittadine e cittadini.

(2) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione tiene un registro nel quale vanno inserite tutte le proposte tematiche presentate dalla popolazione per lo svolgimento dei Consigli delle cittadine e dei cittadini.

(3) Per la convocazione è sufficiente la descrizione generale della tematica in oggetto. Gli atti amministrativi rivolti a una determinata persona non possono essere oggetto di un Consiglio delle cittadine e dei cittadini.

(4) In presenza dei requisiti necessari per lo svolgimento di un Consiglio per le cittadine e i cittadini, l'ufficio per la formazione politica e la partecipazione invita le persone legittimate a parteciparvi.

Art. 20 (Consiglio delle cittadine e dei cittadini - svolgimento)

(1) Il Consiglio delle cittadine e dei cittadini è composto da almeno 12 persone iscritte nell'apposita lista, che abbiano compiuto il sedicesimo anno di età. La procedura di selezione avverrà mediante campionamento stratificato secondo gruppo linguistico, genere ed età.

(2) La partecipazione al Consiglio delle cittadine e dei cittadini è su base volontaria ma vincolante. In un periodo di tempo limitato, ovvero 1,5 giorni, il gruppo elabora idee, spunti e raccomandazioni unanimemente condivise su una problematica specifica.

(3) Il risultato è una dichiarazione congiunta e unanimemente condivisa.

Art. 21 (Evento pubblico)

(1) Entro tre settimane dallo svolgimento del Consiglio delle cittadine e dei cittadini l'ufficio per la formazione politica e la partecipazione organizza un evento pubblico durante il quale vengono presentati ed esposti i risultati.

(2) L'evento è reso pubblico in modo adeguato.

(3) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione riassume lo svolgimento e l'esito dell'evento in un rapporto.

Art. 22 (Relazione sul Consiglio delle cittadine e dei cittadini)

(1) I rapporti sul Consiglio delle cittadine e dei cittadini e sull'evento pubblico confluiscono nella relazione del Consiglio delle cittadine e dei cittadini.

Art. 23 (Inoltre ai responsabili delle decisioni, pubblicazione)

(1) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione trasmette la relazione all'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale. L'Ufficio di presidenza la inoltra alla Giunta provinciale o al Consiglio provinciale a seconda della competenza.

(2) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione trasmette la relazione del Consiglio delle cittadine e dei cittadini alle/ai partecipanti al Consiglio delle cittadine e dei cittadini e la pubblica sul sito internet del Consiglio provinciale.

(3) Se la relazione contiene indicazioni concrete che riguardano la legislazione o l'amministrazione provinciali, l'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale o la Giunta provinciale la tratta entro 60 giorni. Le promotrici/I promotori del Consiglio delle cittadine e dei cittadini, le/i partecipanti e la cittadinanza sono informati in maniera adeguata dei risultati.

TITOLO V INFORMAZIONE, TRASPARENZA, FORMAZIONE POLITICA

Art. 24 (Ufficio per la formazione politica e la partecipazione)

(1) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione è insediato presso il Consiglio provinciale.

(2) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione ha i seguenti compiti:

- a) rafforzamento della formazione politica della popolazione;
- b) l'educazione civica;
- c) informazione sull'oggetto dei referendum;
- d) organizzazione dei Consigli delle cittadine e dei cittadini;
- e) attività informativa mirata su tematiche critiche;
- f) promozione di spunti per formazioni, training e coaching nel settore della formazione politica, della partecipazione e della democrazia diretta;
- g) costruzione di reti sovraregionali.

(3) L'ufficio lavora in collaborazione con gli uffici, le istituzioni e le associazioni attivi nel campo della formazione politica.

(4) L'ufficio opera in modo indipendente e imparziale. Non può subire condizionamenti politici di alcun tipo. Il piano di attività viene presentato all'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale che lo deve valutare e approvare. Il bilancio per il piano di attività viene fissato annualmente d'intesa con il consiglio di amministrazione ai sensi del comma 5. L'ufficio riferisce annualmente al Consiglio provinciale sulle sue attività.

(5) L'ufficio è controllato da un consiglio di amministrazione e assistito da un comitato scientifico. Il consiglio di amministrazione garantisce la pluralità di opinione e impedisce un orientamento unilaterale. È composto da una/un componente di ogni gruppo consiliare ed è eletto dal Consiglio provinciale su proposta dei gruppi all'inizio della legislatura. La/Il presidente è nominata/o tra i componenti. Il comitato scientifico è composto da due esperte/esperti per ognuno dei seguenti settori: formazione politica, pedagogia, comunicazione e scienze giuridiche. Vengono elette/eletti all'inizio della legislatura dal Consiglio provinciale, per metà su proposta della maggioranza e per metà su proposta della minoranza. Le/I componenti del comitato scientifico possono essere riconfermate/i al massimo una volta.

(6) L'organico dell'ufficio e le relative assunzioni verranno stabiliti con deliberazione dell'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale.

Art. 25 (Informazione)

(1) Le cittadine/i cittadini hanno il diritto di essere informate/informati dal Consiglio provinciale sull'oggetto dei referendum. Le informazioni del Consiglio provinciale alla popolazione devono essere chiare, comprensibili, obiettive, imparziali, complete, di facile lettura, e orientate al gruppo di destinatari.

(2) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione è responsabile dell'informazione.

(3) La Provincia finanzia opuscoli informativi ed eventi informativi soltanto se entrambe le parti sono rappresentate in egual misura.

(4) Prima di ogni votazione devono essere organizzati degli eventi informativi che diano uguale spazio a entrambe le parti. Gli eventi possono essere promossi dalla Provincia nell'ambito della formazione politica. La Giunta provinciale stabilisce i relativi criteri. Anche gli eventi organizzati ai fini dell'elaborazione partecipativa possono essere incentivati nell'ambito della formazione politica.

(5) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione ne supervisiona lo svolgimento e funge da organizzatore qualora rilevi che non vengono organizzati sufficienti eventi informativi.

(6) Tutti i mezzi di comunicazione, anche i social media, sono considerati canali informativi.

Art. 26 (Opuscolo informativo per tutte le famiglie)

(1) Prima di un referendum si invia un opuscolo informativo nelle lingue provinciali a tutte le famiglie, il quale viene pubblicato anche sui principali canali di informazione. Le informazioni devono rispettare i principi dell'articolo 25 e pervenire alle famiglie almeno 10 giorni prima della votazione.

(2) L'ufficio per la formazione politica e la partecipazione crea un gruppo di redazione composto in egual misura da rappresentanti di entrambe le posizioni.

(3) La redazione avviene congiuntamente e deve esservi consenso sui contenuti. Se si aggiungono opinioni o commenti, essi devono sempre tenere conto di entrambe le posizioni.

(4) Tutti i partiti rappresentati in Consiglio provinciale possono in egual misura fornire indicazioni di voto nell'opuscolo destinato alle famiglie.

Art. 27 (Trasparenza)

(1) Tutti coloro che hanno sostenuto spese dirette o indirette per il referendum devono darne comunicazione corredata di rendicontazione entro 60 giorni dal referendum all'Ufficio di presidenza, che provvederà a inoltrare i documenti all'Organismo di valutazione.

(2) L'ammontare e la provenienza dei fondi utilizzati per la propaganda verranno pubblicati sul sito del Consiglio provinciale.

(3) Le cittadine e i cittadini possono inoltre comunicare all'Ufficio di presidenza le spese per la propaganda sostenute da terzi e consegnare i giustificativi corrispondenti. L'Ufficio di presidenza verifica questi dati e li pubblica eventualmente sul sito del Consiglio provinciale con l'annotazione "Spese di propaganda non denunciate".

Art. 28 (Parità di accesso ai mezzi di informazione)

(1) Ai sensi della legge 22 febbraio 2000, n. 28, 48 ore prima della votazione scatta il divieto di ingerenza politica, mediatica e pubblica, in aggiunta alle disposizioni sulla par condicio.

(2) I media devono garantire a tutti i partiti tariffe e condizioni uguali per lo spazio pubblicitario.

(3) Il Comitato provinciale per le comunicazioni verifica la parità di trattamento nella pubblicità. La/Il presidente del Comitato provinciale per le comunicazioni funge da istanza di garanzia e controllo a tutela della parità di trattamento.

(4) Il Comitato provinciale per le comunicazioni osserva e valuta la situazione prima dei referendum. Può inoltre, di propria iniziativa o su richiesta della Giunta provinciale o del Consiglio provinciale, effettuare studi, monitoraggi o analisi.

CAPO VI ABROGAZIONI E DISPOSIZIONI FINANZIARIE

Art. 29 (Abrogazioni e revisione periodica)

(1) È abrogata la [legge provinciale 18 novembre 2005, n. 11](#).

(2) La commissione legislativa competente è tenuta, se necessario, ad adeguare alle situazioni ed esigenze attuali la presente legge almeno una volta in ogni legislatura.

Art. 30 (Rimborso spese)

(1) Alle promotrici/ai promotori di referendum spetta, su richiesta, un rimborso spese nella misura di 1 euro per ogni firma valida, fino al raggiungimento del numero minimo necessario. A tale scopo è indispensabile che la competente commissione legislativa del Consiglio provinciale accerti la competenza provinciale nella materia oggetto dell'iniziativa popolare ovvero la Commissione dei giudici dichiari l'ammissibilità del referendum.

(2) La relativa richiesta va presentata a seconda della competenza all'Ufficio di presidenza del Consiglio provinciale o alla ripartizione provinciale Servizi centrali. Essa deve indicare il nome della persona delegata a ricevere l'intero importo con effetto liberatorio.

Art. 31 (Disposizione finanziaria)

(1) Alla copertura degli oneri derivanti dall'attuazione della presente legge, quantificati in 1.500.000,00 euro per ciascuno degli anni 2019 e 2020, si provvede mediante corrispondente riduzione dello stanziamento di parte corrente del "Fondo globale per far fronte ad oneri derivanti da nuovi provvedimenti legislativi" iscritto all'interno del programma 03 della missione 20 del bilancio di previsione 2018-2020.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.